

EUROPA

Joscha Ritz

DIE EUROPÄISCHE UNION: ZWISCHEN KLIMA-POLITISCHER VORREITERROLLE UND INTERNEN KONFLIKTEN

Die EU-Klimapolitik hat in den vergangenen Jahren einen starken Bedeutungszuwachs erlebt. Vermehrte Regulierungsaktivitäten werden dabei primär mit den alarmierenden Erkenntnissen der Klimaforschung begründet. Umweltschäden in Folge der Erderwärmung bilden ein zentrales Handlungsmotiv. Daneben gewinnt der positive Beitrag der Klimapolitik zu Wachstum und Beschäftigung in Europa zunehmend an Bedeutung. So zielt die wirtschaftspolitische Reformagenda der EU – Europa 2020 – u.a. auf nachhaltiges Wachstum. In diesem Zusammenhang verabschiedete die Europäische Kommission im Januar 2011 die Leitinitiative für ein ressourcenschonendes Europa, die Ressourceneffizienz in das Zentrum der EU-Politik rückt. Europäische Klimapolitik besitzt ferner eine sicherheitspolitische Dimension. Im März 2008 legten der damalige Hohe Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, Javier Solana, und die Europäische Kommission dem Europäischen Rat einen Bericht vor, in dem der Klimawandel als „Bedrohungsmultiplikator“ betrachtet wird. Konflikte könnten beispielsweise durch Umweltschäden oder einen Wettlauf um Ressourcen mit schwerwiegenden sicherheitspolitischen Implikationen verschärft werden. Der Faktor Klimawandel fand entsprechend Eingang in die 2008 überarbeitete EU-Sicherheitsstrategie. Darüber hinaus haben vor allem die Europäische Kommission und das Europäische Parlament die Klimapolitik als ein Politikfeld identifiziert, um den Mehrwert der Zusammenarbeit auf europäischer Ebene deutlicher zu akzentuieren.

Die Europäische Union hat seit 2007 wichtige Fortschritte bei der Umsetzung des 20-20-20-Klimaschutz-/Energieziels erreicht. Angestrebt wird – gegenüber dem Niveau von 1990 – eine Reduktion der Treibhausgas-Emissionen um 20 Prozent, eine Steigerung des Anteils Erneuerbarer Energien am Gesamtenergieverbrauch um 20 Prozent sowie die Erhöhung der Energieeffizienz um ebenfalls 20 Prozent. Die Verabschiedung des EU-Klimapakets im Dezember 2008 stellt den bisher größten Erfolg bei der Umsetzung dieses Ziels dar. Nach schwierigen Verhandlungen im Europäischen Rat konnte ein Paket mit vier Komponenten geschnürt werden, das den Rahmen künftiger EU-Klimapolitik absteckt.

Erstens wurden die Weichen für das EU-Emissionshandelssystem nach 2012 gestellt. Das Emissionshandelssystem stellt ein marktbasierendes Instrument zur möglichst kosteneffizienten Senkung des CO₂-Ausstoßes in der EU dar. Strittig war, ob die Verteilung von Emissionsrechten ab 2013 bereits vollständig oder nur teilweise und sukzessive durch Versteigerung erfolgen soll. Der Kompromiss sieht vor, dass Wirtschaftszweige, bei denen die Gefahr der Produktionsverlagerung in Drittstaaten besteht, Emissionsrechte vollständig kostenfrei erhalten. Voraussetzung ist, dass sich ihre Anlagen auf dem energieeffizientesten Niveau im jeweiligen Industriesektor befinden. Im Falle von Wirtschaftszweigen, bei denen keine Gefahr der Verlagerung besteht, soll die Versteigerungsquote schrittweise bis 2027 ansteigen. Ausschließlich der Elektrizitätssektor muss seine Emissionsrechte bereits ab 2013 vollständig ersteigern. Mildere Bedingungen gelten nur für Stromkonzerne, die bestimmte, auf mittel- und osteuropäische Konzerne zugeschnittene Kriterien erfüllen. Im Rahmen eines Solidaritätsmechanismus werden zehn Prozent der Einnahmen nach Ost- und Mitteleuropa und weitere zwei Prozent an neun neue Mitgliedstaaten fließen.

Zweitens wurde entschieden, dass in Bereichen, die nicht unter das EU-Emissionshandelssystem fallen (z.B. Landwirtschaft, Verkehr mit Ausnahme des Luftverkehrs, Gebäude), zusammengenommen eine zehnpromtente Reduktion von Treibhausgasen erfolgen soll.

Drittens enthält das Paket die Erneuerbare-Energien-Richtlinie, die rechtlich verbindliche nationale Zielmarken festlegt. Damit wurde erstmalig ein EU-Rechtsrahmen für alle Bereiche der Erneuerbaren Energien – wie Strom oder Transport – geschaffen. Im Rahmen nationaler Aktionspläne müssen die Mitgliedstaaten in Brüssel über die Umsetzung ihrer Ziele Bericht erstatten. Strittig war nicht zuletzt, ob es ein separates Ziel für Biokraftstoffe geben soll. Der Kompromiss sieht dazu vor, dass der Anteil von Biokraftstoffen im Verkehrssektor bis 2020 auf zehn Prozent zu steigern sei. Negativen Nebeneffekten der Förderungen soll durch strikte Nachhaltigkeitskriterien vorgebeugt werden.

Viertens wurden rechtliche Rahmenbedingungen und finanzielle Anreize für die Technologie zur Abscheidung und Speicherung von Kohlendioxid (Carbon-Capture-and-Storage, CCS) festgeschrieben: Ab 2013 sollen Einnahmen aus 300 Millionen Emissionszertifikaten zur Finanzierung bereitstehen.



Der Einstieg ins Zeitalter der Erneuerbaren Energien erfolgt schrittweise.

Die Zwischenbilanz bei der Erreichung des 20-20-20-Klimaschutz-/Energieziels fällt gemischt aus. Die Europäische Kommission geht davon aus, dass die Treibhausgas-Emissionen bis 2020 um 25 Prozent reduziert werden können, d.h. fünf Prozent mehr als ursprünglich angestrebt. Voraussetzung ist jedoch, dass die EU ihre Ziele bezüglich Erneuerbare Energien und Energieeffizienz erreicht. Die Kommission ist optimistisch, dass der Anteil Erneuerbarer Energien auf 20 Prozent des Gesamtenergieverbrauchs bis 2020 gesteigert werden kann. Dazu müssten die Mitgliedstaaten ihre Anfang 2010 erstmalig vorgelegten nationalen Aktionspläne umsetzen und die Finanzierung Erneuerbarer Energien – insbesondere durch verstärkte Zusammenarbeit – optimieren. Fraglich ist jedoch, ob es gelingt, die Energieeffizienz bis 2020 um 20 Prozent zu steigern. Berechnungen der Europäischen Kommission zufolge würde dieses Ziel – bei Fortführung aktueller Politiken – deutlich verfehlt. Daher hat die Kommission in ihrem Energieeffizienz-Plan vom März 2011 Gesetzesvorschläge angekündigt, die insbesondere ambitioniertere, verbindliche Maßnahmen zur Sanierung öffentlicher und privater Gebäude enthalten sollen. Ferner will die Europäische Kommission 2013 prüfen, ob verbindliche nationale Energieeffizienz-Ziele einzuführen sind.

Interne Konfliktlinien erschweren jedoch die Umsetzung des EU-Klima-/Energieziels. Strittig ist nicht erst seit dem Atomunglück von Fukushima, welche Rolle die Kernenergie bei der Erreichung des 20-20-20-Ziels spielen soll. Während insbesondere Frankreich und Tschechien das Potential der Kernenergie als CO₂-arme Technologie unterstreichen, sehen vor allem Österreich und Deutschland in der Nutzung der Kernenergie keinen nachhaltigen Lösungsansatz. Den divergierenden Positionen liegt zugrunde, dass die Mitgliedstaaten in unterschiedlichem Maße von Kernenergie abhängig sind und die nationalen öffentlichen Meinungen zur Nutzung der Kernenergie auseinandergehen. Auf EU-Ebene konnten sich die Mitgliedstaaten auf ein gemeinsames Vorgehen zur Nuklearsicherheit verständigen: Bis Ende 2011 sollen europaweit einheitliche Stresstests für die 143 AKWs in der EU

durchgeführt werden. Zudem arbeitet die Kommission an einer Verschärfung des rechtlichen Rahmens zur Nuklearsicherheit. Der Konflikt über die künftige Rolle der Kernenergie im europäischen Energiemix gärt derweil weiter.

Spannungen bestehen ferner zwischen den klimapolitischen Zielen der EU und der Wettbewerbsfähigkeit energieintensiver Industrien. Dieser Konflikt spiegelte sich beispielsweise in der Diskussion über die Bedingungen, unter denen Betreiber von energieintensiven Industrieanlagen auch nach 2013 kostenlos Emissionsrechte erhalten sollen. Polen sieht sich durch die 2010 beschlossenen Kriterien benachteiligt und hat Anfang Juli 2011 Klage beim Europäischen Gerichtshof eingereicht.

Eine weitere Konfliktlinie verläuft zwischen den sozio-ökonomisch weit entwickelten westeuropäischen und den weniger entwickelten ost- und mitteleuropäischen Mitgliedstaaten. So stemmen sich insbesondere die neuen Mitgliedstaaten und Italien dagegen, dass die EU unilateral ihr Ziel zur Reduktion ihrer CO₂-Emissionen – im Vergleich zu 1990 – auf 30 Prozent anstatt der ursprünglich vorgesehenen 20 Prozent erhöht. Die Kommission hat diese Diskussion durch eine Mitteilung vom Mai 2010 wieder angefacht. Darin wird betont, dass die Kosten für eine weiter gehende Reduzierung der Treibhausgase im Zuge der Wirtschaftskrise gesunken seien. Die Kommission erklärte somit die Anhebung des Ziels zur Treibhausgasreduktion auf 30 Prozent für technisch machbar. Auch die Gefahr einer Abwanderung von Unternehmen in Folge strengerer Regelungen wird im Bericht der Kommission als gering dargestellt. In der im März 2011 vorgelegten EU-Strategie für eine CO₂-arme Wirtschaft im Jahr 2050 empfiehlt die Kommission eine Reduzierung der CO₂-Emissionen um 25 Prozent bis 2020, um das Ziel einer Reduktion um 80 Prozent bis 2050 kosteneffektiv erreichen zu können. Zudem prägt der Konflikt zwischen neuen und alten Mitgliedstaaten die Diskussion über den EU-internen Verteilungsschlüssel zur Finanzierung von Anpassungskosten an den Klimawandel in Entwicklungsländern. Insbesondere Polen drängt dabei darauf, Emissionen im Verhältnis zur Finanzkraft nicht zu stark zu gewichten. Darüber hinaus spiegelt sich diese Konfliktlinie in der Diskussion zum künftigen Umgang mit überschüssigen nationalen Emissionsrechten in Ost- und Mitteleuropa. Da die ost- und mitteleuropäischen Mitgliedstaaten ihre Kyoto-Ziele übererfüllt haben, drängen sie darauf, ungenutzte Emissionsrechte auch über 2012 hinaus an andere Staaten verkaufen zu dürfen. Die Kommission sowie einige Mitgliedstaaten, darunter Deutschland, fürchten jedoch für diesen Fall um einen Verfall des Preises pro Tonne CO₂ auf dem internationalen

CO₂-Markt. Bis dato konnte nur ein Minimalkonsens gefunden werden. Dieser sieht vor, dass der künftige Umgang mit überschüssig zugeteilten Emissionsrechten nicht diskriminierend sein und die Umweltwirksamkeit eines Klimaschutzübereinkommens nicht beeinträchtigen dürfe.

Seit dem Scheitern der Kopenhagener Klimakonferenz im Dezember 2009 steht die EU-Klimaaußenpolitik auf dem Prüfstand. Die Entwicklung der internationalen Klimapolitik ist für die EU-interne Klimapolitik von großer Bedeutung, da zwischen interner und externer Dimension eine enge Verzahnung besteht. Einerseits kann die internationale Klimapolitik Katalysator für die EU-interne Dimension sein. Die EU vertritt den Anspruch einer Vorreiterrolle in den internationalen Klimaverhandlungen. Dieser Anspruch ist jedoch nur dann glaubwürdig, wenn die EU intern eine ambitionierte Klimapolitik umsetzt. Andererseits hat die internationale Klimapolitik das Potential, sich zu einer Bremse für die EU-interne Dimension zu entwickeln. Klimapolitische Anreize, die finanzielle Belastungen vor allem für energieintensive Industrien in Europa implizieren, sind schwerer durchsetzbar, wenn Wettbewerber in anderen Regionen nicht vergleichbaren Belastungen ausgesetzt werden. In Kopenhagen gelang es der EU nicht, ihre Kernziele durchzusetzen. Insbesondere konnte kein umfassendes, rechtlich verbindliches Klimaschutzabkommen für die Zeit nach 2012 unter Einbeziehung der Industrie- und Schwellenländer verabschiedet werden. Als ein Grund für das Scheitern wurden Schwächen in der EU-Klimaaußenpolitik identifiziert. So kritisierte das Europäische

Parlament in einer Entschließung mangelnde Einheit zwischen den Mitgliedstaaten und forderte die EU auf, künftig mit einer Stimme zu sprechen. Die Mitgliedstaaten spielen eine zentrale Rolle in der EU-Klimaaußenpolitik. Sie fixieren das Verhandlungsmandat und sind durch ihre Umweltminister bzw. ihre Staats- und Regierungschefs im Rahmen der VN-Klimaverhandlungen vertreten. Dies birgt die Gefahr, dass es der EU-Verhandlungsposition an Kohärenz und Flexibilität mangelt. Zudem kam es in Kopenhagen aufgrund unzureichender Informationen über die Verhandlungspositionen von Drittstaaten zu strategischen Fehleinschätzungen. Vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen sind die EU-interne strategische Koordination sowie die Abstimmung mit strategisch wichtigen Industrie- und Schwellenländern zu verstärken. Darüber hinaus bleibt offen, ob die Europäisierung der Klimapolitik und der Vertrag von Lissabon langfristig dazu führen, dass die EU zu einer einheitlicheren Vertretung findet.

Nach dem Scheitern der Kopenhagener Klimakonferenz verfolgt die Europäische Union für weitere Verhandlungsrunden ein Konzept der kleinen Schritte. Dieser Ansatz prägte bereits die Verhandlungsstrategie der EU für die Klimakonferenz in Cancún 2010. Leitlinien für die EU-Position, betreffend die Klimakonferenz in Durban im Dezember 2011, sollen durch den Umweltministerrat am 10. Oktober festgelegt werden. Es wird abzuwarten sein, welche Rolle die polnische Ratspräsidentschaft spielen wird. Einerseits hat Polen Durban zu einer Priorität seiner Ratspräsidentschaft gemacht. Andererseits gilt Polen seit längerer Zeit als Bremsklotz der EU-Klimapolitik.

FRANKREICH

Jörg Wolff | Daniel Dutzi | Sarah Rode

PRIORITÄTEN UND MASSNAHMEN DER FRANZÖSISCHEN REGIERUNG IM BEREICH DER KLIMAPOLITIK

Prioritäten

Die öffentlichen Verlautbarungen der zuständigen Ministerien (Außenministerium und Ministerium für Ökologie, nachhaltige Entwicklung, Verkehr und Wohnungswesen) legen nahe, dass die Prioritäten der französischen Regierung in erster Linie der Kampf gegen die globale Erwärmung unter dem Dach der europäischen Klimaschutzziele bis 2020 sowie der

VN-Klimaschutzvereinbarungen von Cancún von 2010 sind. Beide Zielsetzungen sind seit Februar 2005 in der französischen Verfassung kodifiziert. So hat sich Frankreich durch die Verankerung des Umweltschutzes in der Präambel der Verfassung und die Verabschiedung eines Energiegesetzes im Jahre 2004 sowie eines Klimaplanes 2009 einen Fahrplan im Bereich der Klimapolitik gesetzt.

Weiterhin ist es laut Quai d'Orsay dezidiertes Ziel der französischen Regierung, den Erfolg gemäß des ersten Verpflichtungszeitraums der Industrieländer zu garantieren, die Entwicklung der Fonds für den Erwerb von Kohlenstoff über die Stärkung der Flexibilitätsmechanismen zu beschleunigen, die technologischen

Kompetenzen zu einer Verringerung des Kohlendioxid-ausstoßes auszubauen sowie auf deren Beachtung im Rahmen der G-8-Staaten hinzuwirken. Dass diese Positionen unter Einfluss der Tagespolitik nicht immer oberste Priorität genießen, zeigt allerdings die Abkehr der französischen Regierung von dem Vorhaben, eine CO₂-Steuer auf fossile Energieträger einzuführen. Der Rückzug wurde nach der herben Wahlniederlage der Regierungspartei UMP bei den Regionalwahlen Anfang 2010 beschlossen.

Maßnahmen

Diese Prioritäten der Klimapolitik sollen mit folgenden Maßnahmen umgesetzt werden:

- Die Einführung des Energieausweises auch in Immobilienanzeigen zum Jahreswechsel 2010/2011, welcher über die Energieeffizienz von Immobilien Auskunft gibt und der in der Bundesrepublik bereits seit 2009 bei Neubauten Standard ist.
- Das weitere Ausbauen des französischen Umweltbonusystems, das den Kauf kohlendioxidarmer Fahrzeuge mit finanziellen Anreizen subventioniert. So sind einerseits die Förderungsgrenzen für Hybridfahrzeuge von einem Kohlendioxid-Ausstoß von 135 Gramm CO₂/km auf 110 Gramm zum Jahreswechsel gesenkt worden. Andererseits wurde die Förderung von äußerst verbrauchsarmen Automobilen mit weniger als 60 Gramm CO₂/km ausgebaut.

Dass diese Anreize die beabsichtigte Wirkung nicht verfehlt haben, zeigt ein Blick auf die durchschnittlichen CO₂-Emissionen pro gefahrenem Kilometer. Die Gesamtemissionen aller neugekauften Fahrzeuge in Frankreich sanken nach Angaben der Regierung beispielsweise innerhalb eines Dreijahreszeitraums von 2007 bis 2010 um zwölf Prozentpunkte von 149 Gramm auf 131 Gramm. Mit diesen Zahlen steht Frankreich zweifellos an der Spitze der europäischen Länder, wohingegen Deutschland strukturell hier einen der hinteren Plätze belegt. Diese wird in Zukunft noch mehr durch die staatliche Subvention der Entwicklung von Elektroautos der heimischen Automobilindustrie unterstützt.

DIE FRANZÖSISCHEN POSITIONEN IN CANCÚN – ERWARTUNGEN UND ERGEBNISSE

1. Erwartungen

Der französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy rief am 1. Oktober 2009 vor dem VN-Klimagipfel in New York die Staaten zu einem schnelleren Handeln zum Klimaschutz auf. Auf der VN-Klimakonferenz, die Mitte April 2010 in Bonn stattfand, bekräftigte Paris erneut

seinen Willen zum Klimaschutz. So machte Frankreich auf der Konferenz, welche vier Monate nach Kopenhagen stattfand, deutlich, dass der Gipfel in Mexiko ein entscheidendes Ereignis im Kampf um das Klima werden müsse. So habe Frankreich in Kooperation mit Norwegen bereits eine Konferenz zum Thema Waldschutz initiiert. Der Kampf gegen die globale Erderwärmung sei eine der wichtigsten Prioritäten des Landes.

Die neu ernannte französische Ministerin für Ökologie, nachhaltige Entwicklung, Verkehr und Wohnungswesen, Nathalie Kosciusko-Morizet, legte am 8. Dezember 2010 auf der Vollversammlung in Cancún die französische Position dar. Die Klimapolitik müsse von Pragmatismus und Handlungsfähigkeit geprägt sein, um möglichst schnell verbindliche Einigungen zu erzielen. Dabei hob sie die Einhaltung des Zwei-Grad-Ziels der Kopenhagener Konferenz und ein verbindliches Abkommen zur Halbierung der weltweiten Treibhausgas-Emissionen hervor. Daher werden die EU und somit auch Frankreich die Fortführung des Kyoto-Protokolls über 2012 hinaus unterstützen und Cancún müsse daher Fortschritte erzielen. Ferner bekräftigte die französische Ministerin die Wichtigkeit, unterstützende Maßnahmen für Entwicklungsländer zu ergreifen und einzuführen. In diesem Kontext betonte sie das Waldabkommen REDD (Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation), für welches sich Frankreich in hohem Maße einsetze. Die Ergebnisse in Cancún bedingten vor allem den Erfolg der nächsten Weltklimakonferenz im Jahre 2012.

Karine Gavand, die Leiterin der Greenpeace-Klimakampagne in Frankreich, erläuterte in einem Interview im *Arte-Journal* am 29. November 2010 ihre Erwartungen an den Gipfel von Cancún. Es werde in Cancún nicht gelingen, ein internationales Abkommen zu verabschieden. Dennoch zeige sie sich optimistisch hinsichtlich möglicher Fortschritte, die in einzelnen Bereichen, wie z.B. im Waldschutz, erzielt werden könnten.

2. Ergebnisse

Der französische Präsident Nicolas Sarkozy war nach dem Gipfel zufrieden. In einer Erklärung vom 12. Dezember 2010 gab er bekannt, dass er das verabschiedete Abkommen begrüße. Es sei ein Schritt in die richtige Richtung, um in Zukunft ein global verbindliches Abkommen im Kampf gegen den Klimawandel zu erreichen. Er hob an dieser Stelle vor allem die Vereinbarungen über die Abholzung der Wälder hervor. In diesem Bereich habe sich Frankreich schon seit Längerem engagiert. Zudem lobte der Präsident die Einigung, die bezüglich des Klimafonds getroffen

wurde. Dieser solle langfristig unter Mithilfe der Weltbank etabliert werden, um Projekte und politische Maßnahmen der Entwicklungsländer zu unterstützen. Nicolas Sarkozy zeigte sich außerdem mit der Vereinbarung der Staatengemeinschaft, an einer globalen und langfristigen Reduzierung der CO₂-Emissionen zu arbeiten, zufrieden. Cancún habe folglich eine gute Grundlage für die nächste Konferenz im südafrikanischen Durban gelegt.

Auch Nathalie Kosciusko-Morizet begrüßte die in Cancún verabschiedete Übereinkunft. Das Abkommen erhalte vor allem Fortschritte im Bereich des Waldschutzes und des Technologie- und Finanztransfers. Außerdem sei der Multilateralismus in Cancún gerettet worden. Ebenfalls haben die Teilnehmer Handlungsfähigkeit bewiesen, um auch weiterhin den Kampf gegen den Klimawandel führen zu können. Bei dem Abkommen handle es sich um einen sehr wichtigen Fortschritt für die Fortsetzung der internationalen Zusammenarbeit.

INNERFRANZÖSISCHE DISKUSSION ZU CANCÚN – WIE WIRD DIE INTERNATIONALE KLIMADEBATTE IN FRANKREICH MEDIAL WAHRGENOMMEN?

Auch in Frankreich waren die Erwartungen vor dem Gipfel eher gedämpft, da bereits auf dem Klimagipfel in Kopenhagen 2009 keine verbindlichen Zusagen für den Schutz des Klimas erreicht wurden. Zwar habe sich die internationale Staatengemeinschaft in Kopenhagen darauf verständigt, die globale Erderwärmung zu reduzieren, was jedoch folgenlos blieb. Darüber hinaus sei die „Kopenhagener Vereinbarung“ zwar anerkannt, aber nicht offiziell ratifiziert worden. Dieser Tenor zog sich durch die Berichterstattung im Anschluss an die Konferenz von Cancún durch.

Die französische Zeitung *Le Monde* berichtete am 11. Dezember 2010 über Cancún mit dem Titel „ein zaghafter Fortschritt, der das Vertrauen in den Multilateralismus wiederherstellt“. Zwar wurde darin die geringe Wirksamkeit des Abkommens kritisiert, jedoch begrüßten die Beobachter, wie sich ein Jahr nach Kopenhagen die Staaten in ihren Positionen annäherten. Die Tageszeitung *Le Figaro* urteilte einen Tag nach Beendigung des Gipfels etwas positiver, indem sie von einer „Einigung“ beim Klimagipfel sprach. Jedoch wurde dabei der lange Weg, den die internationale Staatengemeinschaft „zur Rettung der Erde“ noch zu leisten habe, verdeutlicht. Ein weiterer Artikel in *Le Figaro* vom 13. Dezember 2010 sprach von „Cancún, oder der Wiedergeburt der UNO“. Von einem Erfolg in Cancún könne gesprochen werden, da die Verhandlungsprozesse wieder von Vertrauen



Im Kernkraftwerk im lothringischen Cattenom werden vier Druckwasserreaktoren betrieben. 2007 war der die Anlage mit 37 Terawattstunden ins Netz gespeister elektrischer Energie der größte Produzent in Frankreich.

gekennzeichnet waren. Diese Konferenz sei eine letzte Chance für die Klimaverhandlungen gewesen. Es sei somit gelungen, alle Länder mit ins Boot zu holen. Das Abkommen von Cancún müsse daher unter diesem Gesichtspunkt beurteilt werden. Außerdem spielten bei dieser Weltklimakonferenz die Schwellenländer, die lange Zeit als passive Teilnehmer bei der Errichtung der internationalen Gouvernance wahrgenommen wurden, eine wichtige Rolle. Darüber hinaus habe die aktive europäische Teilnahme zum Erfolg der Konferenz beitragen.

Die Stimmen in der französischen Parteienlandschaft sind hingegen eher nüchtern. Während die UMP als Regierungspartei die Auffassungen der Regierung teilt, sind die Stimmen anderer Parteien differenzierter. So begrüßte die französische Partei Europe Écologie-Les Verts ebenfalls die Rückkehr in das Vertrauen des Multilateralismus, auch wenn „das Klima auf dem Gipfel nicht gerettet wurde“. Das Gefühl der Erleichterung habe in Cancún dominiert. Nach dem Scheitern in Kopenhagen hätte die UNO Handlungsfähigkeit bewiesen und die Verhandlungen konnten konkrete Resultate erzielen.

Die Sozialistische Partei zeigte sich indes über den Ausgang in Cancún weniger beeindruckt. Die Welt sei in ihren Erwartungen enttäuscht worden, selbst wenn der Multilateralismus gestärkt werden konnte. Das Volk erwarte hingegen eine weitaus größere Tatkraft von den Politikern. Zudem bedauerten die Sozialisten das Scheitern eines verbindlichen Abkommens.

Insgesamt wird der Ausgang des Gipfels in der französischen Gesellschaft kontrovers diskutiert. Angesichts

des Debakels in Kopenhagen und in Anbetracht der extrem niedrigen Erwartungen und Erfahrungen der letzten Jahre beurteilten einige Kommentatoren die Beschlüsse von Cancún als Schritt in die richtige Richtung. Andere Beobachter sind hinsichtlich der Ergebnisse eher zurückhaltend. Sie stellen jedoch auch fest, dass die großen Fragen zur Rettung des Weltklimas in Cancún ungelöst blieben.

FRANKREICH UND DIE KERNENERGIE NACH DER ATOMKATASTROPHE IN JAPAN IM MÄRZ 2011

Angesichts der Katastrophe in Japan reagierte auch die französische Öffentlichkeit geschockt. Jedoch wies Staatspräsident Nicolas Sarkozy die Frage nach einem französischen Atomausstieg konsequent zurück. Diese Katastrophe werde die Energiestrategie Frankreichs nicht in Frage stellen, da der französische Atompark sicher sei.

Nach der Ankündigung des Atomausstiegs in Deutschland hatte sich die UMP kritisch geäußert: Frankreich „respektiert die deutsche Entscheidung“, aber es handele sich nicht um die „Wahl“ der französischen Regierung, welche die Kernenergie als eine „Zukunftsenergie“ bewerte, so Premierminister François Fillon. Andere UMP-Minister teilen diese Auffassung. Für sie gewährleiste die Kernenergie die Energieunabhängigkeit Frankreichs und außerdem sei sie Teil der französischen Industrie.

Die Debatte über die Kernenergie könnte jedoch im Wahlkampf zur Präsidentenwahl 2012 eine zentrale Rolle spielen. Die sozialistische Partei socialiste sieht in ihrem Wahlprogramm eine Debatte zum Kernausstieg vor, falls ihr Kandidat gewählt werden sollte; die ökologische Partei Europe Écologie-Les Verts fordert einen Ausstieg aus der Kernenergie. Die Bildung einer gemeinsamen Meinung der beiden potentiellen Koalitionspartner würde deshalb nicht einfach werden.

FRANKREICH UND DEUTSCHLAND – AUCH EIN TANDEM IN DER KLIMAPOLITIK?

Frankreich und Deutschland gelten seit nunmehr fast sechzig Jahren als Beispiel für eine eng strukturierte bilaterale Zusammenarbeit und als Motor der weiteren Europäischen Integration. Die Zusammenarbeit für die Bereiche der Klimapolitik ist jedoch von unterschiedlicher Wirtschaftsstruktur.

Frankreichs Wirtschaft unterliegt anderen Herausforderungen des Klimawandels als die Bundesrepublik. Wie eine Bestandsaufnahme von Susanne Nies in einer Publikation der Konrad-Adenauer-Stiftung Paris

vom März 2010 zeigt,¹ besteht die Energieversorgung in Frankreich aus einem hohen Anteil an Atomenergie am Energiemix von mittlerweile deutlich über 40 Prozent und verfügt nach der Bundesrepublik mit etwa sechs Prozent über den zweithöchsten Anteil Erneuerbarer Energien, darunter vor allem Windenergie und Holzfeuerung, unter den Industrieländern. Während in Deutschland die Atomenergie nur circa elf Prozent ausmacht und daher über 80 Prozent des Energiebedarfes über fossile Energieträger generiert werden, ist dies in Frankreich nur knapp zur Hälfte der Fall. Deshalb rangiert das Land im Ranking der Kohlendioxid emittierenden Länder im Jahre 2008 der internationalen Energieagentur (IEA) mit 368 Millionen Tonnen CO₂ auf Platz 16, die Bundesrepublik hingegen auf Platz sechs mit 804 Millionen Tonnen. Jedoch konnte Deutschland die Ausbringungsmenge der Privathaushalte bis Ende 2009 nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes von 654 Millionen Tonnen CO₂ im Jahre 1990 auf 618 Millionen Tonnen, also um sechs Prozentpunkte, senken.

Weiterhin ist der deutlich niedrigere Energiepreis in Frankreich ein erheblicher Standortvorteil für die Unternehmen. So nimmt Deutschland nach einer Untersuchung des Londoner Beratungsunternehmens Energy Advice im Auftrag des Energie-Informationsdienstes EID im Jahre 2007 unter zwölf europäischen Ländern den fünften Rang ein, während Frankreich im hinteren Bereich rangiert. Auch im Jahresmittel 2010 betrug der Strompreis westlich des Rheins für Industriekunden nach Zahlen von Eurostat nur neun Cent pro Kilowattstunde, während in der Bundesrepublik hierfür im gleichen Zeitraum 35 Prozent mehr, nämlich 14 Cent je kWh, bezahlt werden mussten. Ein Vergleich dieser Zahlen zeigt somit, dass der Veränderungsdruck zum Erreichen der 20-20-20-Formel der Europäischen Kommission für Deutschland deutlich größer ist als für Frankreich. Nach der Formel sollen die Treibhausgas-Emissionen bis 2020 um 20 Prozent gegenüber dem Referenzjahr 1990 sinken, der gesamte Primärenergieverbrauch der Union um ebenfalls 20 Prozent. Gleichzeitig soll der Anteil Erneuerbarer Energien auf 20 Prozent angehoben werden.

Bei gegebenen Strukturen und Ansatzpunkten der getroffenen Maßnahmen zum Klimaschutz ist in Berlin daher eine größere Bandbreite als in Paris festzustellen. Beispielhaft sei hier auf das Engagement von Angela Merkel auf dem G-8-Klimagipfel 2007 in Heiligendamm

1 | [Auslandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Frankreich, „Deutschland – Frankreich: Fünf Visionen für Europa“, 2. Auflage 2010.](#)

verwiesen. So hat Deutschland bereits im Jahre 2007 die Kohlendioxid-Emissionen für Großemittenten beschränkt und durch die Einführung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) eine gezielte Förderung des Ausbaus regenerativer Formen der Energiegewinnung beschlossen. Zudem wurden bereits zwei Jahre vor der Umsetzung des Energieausweises in Frankreich Förderprogramme für bessere Wärmedämmung und Energieeffizienz lanciert. Festzustellen ist, dass sich in den Jahren 2009 und 2010 eine zunehmende Harmonisierung der Umweltschutzmaßnahmen beider Länder abzeichnete.

So beschlossen beide Staaten im Jahre 2009 die Etablierung zweier Spitzenforschungsinstitute, des Institute for Advanced Sustainability (IASS) in Potsdam und des Hôtel des sciences pour le développement soutenable (HSDS) in Paris. Damit sollen die Anstrengungen beider Länder zur Anpassung an die globale Umweltveränderung und den Klimawandel koordiniert werden. Überdies sind Deutschland und Frankreich gemeinsam im Rahmen der Wissens- und Innovationsgemeinschaften (KIC) an den KIC zum Klimaschutz (Climate-KIC) und zur Nachhaltigen Energie (KIC InnoEnergy) beteiligt. Die im Februar 2010 in Paris vereinbarte gemeinsame Deutsch-Französische

Agenda 2020² hat den Teilbereich Energie, Klima und biologische Vielfalt als einen von sechs Kernpunkten aufgenommen. Dieser Rahmen sieht umfangreiche Koordinierungsmaßnahmen, wie u.a. die Schaffung eines deutsch-französischen Büros für Erneuerbare Energie, die Diversifizierung des Energiemixes, der Energiequellen und der Versorgungsrouten, die Entwicklung des intelligenten Strommanagements sowie die Zusammenarbeit für einen rentableren und umweltfreundlicheren Luftverkehr in Europa, vor.

Fundamentale Unterschiede bestehen hingegen im bereits angesprochenen Bereich der CO₂-Emissionen von Neufahrzeugen, bei denen Frankreich europaweit die Vorreiterrolle einnimmt.

Alles in allem bleibt jedoch festzustellen, dass die Harmonisierungstendenzen im Bereich der Klimapolitik in den vergangenen Jahren eine Annäherung der Positionen beider Länder erkennen lassen. Allerdings kann nur bedingt von einem „deutsch-französischen Tandem in der Klimapolitik“ gesprochen werden.

2 | In der Agenda 2020 haben sich Deutschland und Frankreich im Februar 2010 dazu entschlossen, gemeinsame Ziele für die neuen Herausforderungen Klimawandel, Wirtschafts- und Finanzkrise sowie Bedrohung von Frieden und Sicherheit zu setzen.

GROSSBRITANNIEN

Theresa Finck | Claudia Crawford

Großbritannien, das an allen Seiten an Meere grenzt, hat eine besondere Klimaproblematik. Der weltweit steigende Meeresspiegel macht auch vor der britischen Insel keinen Halt. Küstennahe Gebiete sind von regelmäßigen Überflutungen bedroht. 2007 erlebte das Land das schlimmste Hochwasser seit 60 Jahren. Der Katastrophenschutz und die Behörden waren dem nicht gewachsen und reagierten zu langsam. Um die Ausmaße der Katastrophe zu erfassen, aber auch um deren Ursachen und Folgen zu analysieren, wurde von der Regierung eine Studie, die „Pitt Review“¹, in

1 | Sir Michael Pitt ist unabhängiger Professor. In seiner Studie „Pitt Review“ untersuchte er die Risiken von Hochwasser vor dem Hintergrund des Klimawandels. http://webarchive.nationalarchives.gov.uk/20100807034701/http://archive.cabinetoffice.gov.uk/pittreview/_/media/assets/www.cabinetoffice.gov.uk/flooding_review/pitt_review_full%20pdf.pdf [02.09.2011]. Die Regierung antwortete auf seine Analyse mit einer eigenen Publikation. <http://www.defra.gov.uk/publications/files/pb13193-govtresptopitt-081216.pdf> [02.09.2011].

Auftrag gegeben. Sie beschreibt die Auswirkungen auf die am schlimmsten von Hochwasser und Fluten bedrohten Regionen und enthält einen Katalog von Schutzmaßnahmen, die die Regierung aus Sicht des Autors ergreifen sollte. Sir Pitt stellt letztlich fest, dass der fortgeschrittene Klimawandel durch die damit einhergehenden extremen Wetterlagen schon jetzt eine akute Gefahr für das Land darstellt. Die Studie *Anthropogenic greenhouse gas contribution to flood risk in England and Wales in autumn 2000* der Oxford University², die im Januar 2011 erschienen ist, kommt zu einem ähnlichen Ergebnis. Sie konnte nachweisen, dass es einen Zusammenhang zwischen den wiederkehrenden Überflutungen und dem Klimawandel gibt. Eine andere extreme Wetterlage erlebte Großbritannien im Dezember 2010. Unaufhörliche Schneefälle überzogen flächendeckend das unvorbereitete Land. Die Auswirkungen waren gravierend.

2 | P. Pall, T. Aina, D. A. Stone, P. A. Stott et al., 2011. „Anthropogenic greenhouse gas contribution to flood risk in England and Wales in Autumn 2000“, *Nature* 470, S. 382–385.

Für mehrere Wochen kam größtenteils der Flugverkehr zum Erliegen, auch die Züge und Busse konnten nicht mehr fahren. Das Chaos offenbarte deutliche Lücken im Katastrophenschutz. Den Behörden dürfte klar geworden sein, dass kein Wetterszenario zu unwahrscheinlich ist, um sich nicht darauf einstellen zu müssen.

Experten fordern schon länger eine bessere Vorbereitung auf solche Wettersituationen, zum Beispiel im Report *Adapting to Climate* des Umweltministeriums vom Juni 2009.³ Er erörtert, inwieweit dem Klimawandel von britischer Seite entgegengewirkt werden kann oder ob angesichts seiner Unabwendbarkeit lediglich Schutzmaßnahmen ergriffen werden können. Der Bericht beschreibt sehr detailliert, welche Veränderungen zu erwarten sind. Viele Bereiche wurden angesprochen – von der Bausubstanz über den Straßenbau, die Landwirtschaft, die Versorgung mit Gütern bis hin zur Bedrohung durch Unwetter und Hochwasser – und Vorschläge zur Anpassung an die neuen klimatischen Bedingungen vorgelegt. Beispielhaft ist die britische Bausubstanz zu nennen, die in weiten Teilen noch nicht den neuen klimatischen Wetterbedingungen angepasst ist. Den Gebäuden fehlt es unter anderem an einer guten Isolierung, ein Großteil der Altbausubstanz ist nach wie vor mit Einfachglasfenstern ausgestattet, die sowohl in heißen Sommern als auch in kalten Wintern die Energiebilanz deutlich negativ beeinflussen. Private Haushalte verbrauchen etwa ein Drittel des gesamten Energiebedarfs im Vereinigten Königreich. Eine Studie des Ministeriums für Handel und Industrie, *Energy Consumption in the UK*⁴, von 2001 ergab, dass der Energieverbrauch von privaten Haushalten im Jahr 2001 mit einem Anteil am Gesamtverbrauch von circa 30 Prozent höher war als der der englischen Industrie. Diese Zahl wird in den letzten zehn Jahren kaum gesunken sein, da wenig in diesem Bereich geschehen ist. Denn es ist schwer, Maßnahmen im privaten Bereich umzusetzen. Die Regierung kann die Kosten für Umbaumaßnahmen nicht übernehmen und muss folglich die Bürger motivieren, ihre Häuser auf eigene Kosten umzurüsten. Dies versucht sie künftig mit Hilfe des „Green Deal“⁵, der im Herbst 2012 in Kraft treten soll. Die Idee ist, dass private Haushalte, die ihre Häuser umgestalten, damit sie energieeffizienter sind, Gelder von Firmen bekommen. Diese können im Gegenzug die Ausgaben von ihrer Stromrechnung abziehen.

Ein wichtiger Partner in allen Fragen des Klimawandels ist die Europäische Union. Großbritannien bemüht sich, die Vorgaben und gesteckten Ziele der EU einzuhalten. Dabei soll vor allem der Climate Change Act⁶ der britischen Regierung von 2008 helfen. Der damit gesetzte ehrgeizige Plan lautet, die Treibhausgas-Emissionen im Vergleich zu 1990 bis 2050 um 80 Prozent zu senken. Das soll in unterschiedlichen Etappen erreicht werden. Bis zum Januar 2012 muss die Regierung eine Klimawandel-Risikobeurteilung vorlegen. Der Climate Change Act sieht außerdem einen Low Carbon Transition Plan⁷ vor. Das Vorhaben ist, bis 2020 den erzeugten Strom bis zu 31 Prozent aus Erneuerbaren Energiequellen zu gewinnen. Das Vorhaben der Regierung, eine unterirdische CO₂-Speicherung einzurichten, ist ebenfalls Bestandteil des Plans. Mit dem Climate Change Act ist die britische Regierung die erste, die einen langfristigen rechtsverbindlichen Rahmen zur Reduzierung des Kohlenstoffausstoßes eingeführt hat. Gleichmaßen gehört sie seit 2008 zu einer der wenigen Regierungen weltweit, die ein eigenes Energie- und Klimaministerium eingerichtet haben.

Die öffentliche Klimadebatte hat in den letzten Jahren deutlich nachgelassen. Auf der einen Seite hat der ergebnislose Klimagipfel in Kopenhagen viele Hoffnungen der Bevölkerung und der Wissenschaft auf eine internationale Einigung zerstört. Auf der anderen Seite wurde die Debatte von der globalen Finanzkrise überlagert, die Großbritannien heftiger traf als andere Länder. Trotzdem haben die Parteien den Kampf gegen den Klimawandel in ihre Wahlkampagne im Jahr 2010 aufgenommen. Klimapolitik und „grüne Ökonomie“ waren während des Wahlkampfes und des Regierungswechsels im Mai 2010 präsenter in den Medien als beim internationalen Klimagipfel in Cancún. Der jetzige Premierminister, David Cameron, sprach nach seinem Wahlsieg sogar von der grünsten Regierung aller Zeiten. Die Klimapolitik setzte er damit oben auf die Tagesordnung der Koalition, was von den Medien auch entsprechend aufgenommen und kommentiert wurde. Die ambitionierten Ziele der alten Regierung aus dem Climate Change Act werden von der neuen Regierung weiterverfolgt.

Allerdings wird immer wieder debattiert, ob die Briten wirklich ideal auf einen Klimawandel vorbereitet sind. Pläne der Regierung, Teile des Nationalforstes verkaufen zu wollen, haben beispielsweise kürzlich für Irritationen gesorgt. Die grünste Regierung aller

3 | <http://www.defra.gov.uk/publications/files/pb13274-uk-climate-projections-090617.pdf> [02.09.2011].

4 | <http://webarchive.nationalarchives.gov.uk/+http://www.berr.gov.uk/files/file11250.pdf> [02.09.2011].

5 | http://www.decc.gov.uk/en/content/cms/tackling/green_deal/green_deal.aspx [02.09.2011].

6 | <http://www.legislation.gov.uk/ukpga/2008/27/contents> [02.09.2011].

7 | http://www.decc.gov.uk/assets/decc/white%20papers/uk%20low%20carbon%20transition%20plan%20wp09/1_20090724153238_e_@@_lowcarbontransitionplan.pdf [02.09.2011].

Zeiten möchte kaum ein Jahr nach Amtsantritt den eigenen Forst abgeben. Die Bevölkerung hat solange ihren Unmut ausgedrückt, bis die Regierung diese Pläne fallen ließ.

In den Medien wird immer wieder das Problem schwindenden Lebensraums einiger Völker weltweit erörtert, die aufgrund des sich verschärfenden Wassermangels gezwungen sind, ihre angestammten Gebiete zu verlassen. Das erhöht den Migrationsdruck auf Nachbarländer und Länder, die nicht von diesem absolutem Wassermangel bedroht sind.

Allerdings gibt es auch in Großbritannien immer wieder Skeptiker, die nicht daran glauben, dass der Klimawandel tatsächlich eintritt. Deren Zahl hat sich angeblich in den letzten Jahren verdoppelt.⁸ Dazu beigetragen hat sicherlich, dass die gefühlten Temperaturen nicht unbedingt den Erwartungen an eine Erwärmung entsprachen. In den vergangenen Monaten prägten eher Eis und Schnee die Lebenswirklichkeit der Bürger. Unter den kursierenden Theorien, wie sich der Klimawandel auf Europa auswirkt, gibt es auch die Vermutung, dass es in den hiesigen Breiten eher zu einer Eiszeit kommt. Auch dieser Aspekt wurde in den Medien diskutiert.

Europa wird als wichtiger Kooperationspartner im Bereich der Klimapolitik angesehen, auch wenn die EU manchmal als langwierig und schwierig in der Entscheidungsfindung wahrgenommen wird.⁹ Die Klimafragen auf nationalem Niveau werden auf jeden Fall immer wieder durch die Richtlinien aus Brüssel beeinflusst. Ein Beispiel dafür ist der Emissionshandel, der nur international funktionieren kann. Die britischen Medien berichten immer wieder darüber und sehen ihn nicht ganz unkritisch. Die *Financial Times* beschreibt beispielsweise den Raub von Emissionsrechten und nennt damit einen großen Kritikpunkt in diesem System, das eigentlich einen besseren Umgang mit dem eigenen Ausstoß von CO₂ zum Ziel hatte.¹⁰

Deutschland wird als Vorreiter wahrgenommen in Bezug auf Erneuerbare Energien. Die technologischen Fortschritte führen zu einem Import deutscher Produkte. Deutsche Firmen sind in diesen Fragen Partner, zum Beispiel Siemens und E.ON. Sie bekommen den

Zuschlag für entscheidende Projekte wie den Bau von Windparks in der Nordsee. Auch in der Automobilindustrie überzeugt die deutsche Industrie mit ihren grünen Labels. Jedoch wird Deutschland auch kritisiert: so für die Entscheidung im Jahr 2005, Kohle statt Gaskraftwerke zu bauen.¹¹

Die Klimapolitik geht immer wieder einher mit der Frage nach Ressourcen. Die Öl-, Kohle- und Gasbestände weltweit sind nicht unerschöpflich und ihre Verfeuerung ist klimaschädlich. Deshalb ist die Erforschung von anderen Energiequellen ein wichtiges Ziel, das einhergeht mit der Verringerung des CO₂-Ausstoßes. Die Energiepolitik ist folglich stark von der Frage des Klimawandels beeinflusst. Das zeigt auch der Climate Change Act, der zum einen zu einem bewussteren Umgang mit den eigenen Rohstoffreserven führt als zum anderen auch zu einer Verringerung der CO₂-Emissionen. Die hohen Zielsetzungen der Regierung können nur erreicht werden, wenn Erneuerbare Energien zum Einsatz kommen. Dabei wird versucht, die eigenen räumlichen Ressourcen bestmöglich auszunutzen. In der Nordsee wurden Windkraftanlagen gebaut, im Atlantischen Ozean werden Wellen- und Gezeitenenergiekraftwerke entwickelt. Die Energieversorgung, die durch den Einsatz dieser neuen Technologien erreicht wird, ist im Sinne des Climate Change Act, denn die CO₂-Emissionen konnten bereits verringert werden.

Sowohl die Ressourcenfrage und damit die Frage nach der Energieabhängigkeit (im schlimmsten Fall von zweifelhaften Staaten) als auch das Ziel, die CO₂-Emissionen zu verringern, tragen dazu bei, dass Großbritannien der Nutzung der Atomenergie mehrheitlich positiv gegenübersteht. Auch die Reaktorkatastrophe in Fukushima, Japan, hat an dieser Einstellung nichts wesentlich verändert. Die Pläne, acht neue Kernreaktoren zu bauen, wurden erst in der jüngsten Zeit wieder thematisiert.¹² Die Realisierung dieser Pläne dürfte wesentlich mehr von der Frage der Finanzierbarkeit und der Investitionsbereitschaft potentieller Unternehmen als von politischen Bedenken abhängen.

Eine starke Verbindung mit weiteren politischen Themenfeldern besteht im Besonderen mit dem Wirtschaftssektor. Durch die Veränderung des Energieerzeugungssektors entstehen neue Chancen. Die neuen umweltfreundlichen Technologien sorgen

8 | <http://www.dailymail.co.uk/sciencetech/article-1351217/Climate-change-sceptics-double-4-years-Britain-goes-cold-global-warming.html> [02.09.2011].

9 | http://www.chathamhouse.org/sites/default/files/public/Research/Europe/bp0710_mitchellmabey.pdf, S. 11 [02.09.2011].

10 | J. Caffin 14.02.2011, in: *Financial Times*, „Carbon trading: Into thin air“.

11 | <http://www.newscientist.com/article/mg20928012.600-germanys-coal-own-goal-over-carbon-permits.html> [02.09.2011].

12 | *The Guardian*, 23. Juni 2011 <http://www.guardian.co.uk/environment/interactive/2009/apr/15/nuclear-power> [02.09.2011].

nicht nur für die Schaffung vielfältiger neuer Berufe, sondern sie sind auch aufwendig in ihrer Herstellung und Implementierung, die durch eine sinnvolle Wirtschaftspolitik unterstützt werden müssen. Deshalb gründete das britische Wirtschaftsministerium in 2008 das Climate Change Projects Office.¹³ Dieses Office unterstützt und berät Projekte, die dem Kyoto-Protokoll entsprechen. Ein weiteres wichtiges Projekt ist die Green Investment Bank. Sie stellt ab Mitte 2012 Gelder zum Aufbau und zur Durchführung von Projekten zur Verfügung, die zu einer kohlenstoffarmen und Erneuerbare Energien-Infrastruktur führen. Das heißt, mit ihr sollen neue Bauvorhaben subventioniert werden, die zu einer veränderten Energieversorgung führen. Im Idealfall können dank dieser Finanzierungshilfe die Emissionsziele erreicht werden, die der Climate Change Act vorsieht. Die erst von David Cameron gegründete Green Investment Bank steht allerdings jetzt schon in der Kritik, dass sie die Versprechen nicht halten kann, die mit der Gründung dieser Bank verbunden waren.¹⁴

Nachdem das Klimatreffen von Kopenhagen 2009 für die allermeisten Teilnehmer enttäuschend war, dämpfte die britische Regierung ihre Erwartung an eine große Einigung beim Klimagipfel in Cancún von Beginn an. Deshalb wurde das Treffen eher als ein weiterer Schritt auf dem Weg zu einem internationalen Abkommen betrachtet. Das Ziel war somit, einer Einigung näher zu kommen, weniger, sie schon zu erreichen. Diese Einstellung erklärt die Abwesenheit von Premierminister Cameron in Cancún. Nach seiner Auffassung war es ausreichend, Energie- und Klimaminister Chris Huhne zu schicken. Solange kein rechtsverbindliches Abkommen absehbar sei, sei die Anwesenheit des Staatschefs nicht zwingend notwendig. Für Cameron ist es entscheidend, schon jetzt das eigene Land klimafreundlich weiterzuentwickeln. Die wirtschaftlichen Möglichkeiten zur Reduzierung des Kohlenstoff-Ausstoßes als auch die Investitionen in grüne Energien sollen folglich weiter ausgeschöpft werden, um der Welt ein praktisches Beispiel zu sein.¹⁵

Die Arbeit an einem internationalen Abkommen soll dadurch nicht vernachlässigt werden. Die Klimagipfel sind trotz mancher Misserfolge positiv zu werten, denn alle großen Nationen kehren regelmäßig an einen Tisch zurück und diskutieren über Lösungen.

Bei einem derartigen komplexen und globalen Problem ist nach Ansicht des Premierministers bereits das ein Fortschritt.¹⁶ Dass auch Staaten wie die USA und China an den Ideen und Vorschlägen in Kopenhagen mitgearbeitet haben, sieht David Cameron als einen großen Schritt zu einem zukünftigen Aktionsplan in Sachen Klimawandel.

Ganz konkret möchte Großbritannien, dass unter anderem die Reduzierungszusagen von Industrie- und Entwicklungsländern aus der Kopenhagener Einigung förmlich im UNFCCC-Prozess verankert werden. Des Weiteren möchte die britische Regierung erreichen, dass darüber nachgedacht wird, wie ein Mess-, Berichts- und Kontrollsystem entworfen werden kann. Eine langfristige Klimafinanzierung soll außerdem durch den Aufbau eines „Grünen Fonds“ eingerichtet werden, die Grundlage dafür hat die beratende Gruppe zur Klimafinanzierung gegeben. Neben diesen großen Zielen sieht die Regierung Großbritanniens den Schutz der Regenwälder und die Versorgung von Entwicklungsländern mit neuer klimafreundlicher Technologie als besonders wichtige Punkte.¹⁷

Die Bemühungen und Absichten der britischen Regierung, dem Klimawandel, soweit es noch möglich ist, entgegenzuwirken, sind groß. Sie hat sich sowohl auf nationaler als auch internationaler Ebene hohe Ziele gesetzt. Ob David Cameron es wirklich schafft, die grünste Regierung aller Zeiten zu führen, wird in den nächsten Jahren an den Taten und erreichten Ergebnissen zu beobachten sein.

13 | <http://www.bis.gov.uk/files/file48357.pdf> [02.09.2011].

14 | <http://www.guardian.co.uk/commentisfree/cif-green/2010/dec/15/green-investment-bank-chris-huhne> und <http://www.guardian.co.uk/politics/2010/dec/15/chris-huhne-on-green-energy-plans> [02.09.2011].

15 | <http://www.guardian.co.uk/commentisfree/2010/nov/28/david-cameron-climate-change-cancun> [02.09.2011].

16 | Vgl. ebd.

17 | <http://ukinmexico.fco.gov.uk/en/about-us/working-with-mexico/climate-change/cop-16> [02.09.2011].

NIEDERLANDE UND BELGIEN

Joscha Ritz

KLIMAPOLITIK UNTER SCHWIERIGEN POLITISCHEN RAHMENBEDINGUNGEN

Der Klimawandel betrifft die Niederlande vor allem in dem Maße, wie er sich auf den Anstieg des Meeresspiegels und damit auf Überschwemmungen und die Verfügbarkeit von Frischwasser auswirkt. Dies ist Folge der geographischen Lage des Landes. Die Niederlande stellen ein Delta dar, in das sich Rhein, Maas, Schelde und Ems ergießen. 26 Prozent der Niederlande liegen unterhalb des Meeresspiegels und 55 Prozent gelten als bedroht durch Überschwemmungen durch Meer oder Flüsse. Hinzu kommt, dass die tief liegenden Gebiete besonders dicht bevölkert und wirtschaftlich von besonderer Relevanz sind. Studien stellen daher die Auswirkungen des Klimawandels auf die Wasserentwicklung sowie daraus resultierende Risiken und Lösungsansätze in den Mittelpunkt. Das Koninklijk Nederlands Meteorologisch Instituut (KNMI) entwickelte in einer einflussreichen Studie, die 2009 überarbeitet wurde, klimapolitische Szenarien und geht von einem Anstieg des Meeresspiegels von 15 bis 35 cm bis 2050 und 35 bis 85 cm bis 2100 aus. Die Deltacommissie nahm hingegen in ihrem Bericht *Working together with water* 2008 einen Anstieg zwischen 65 und 130 cm bis 2100 an. Das Planbureau voor de Leefomgeving (PBL) prognostiziert in einem Worst-case-Szenario gar eine Steigerung von 150 cm pro Jahrhundert. Damit stellen sich insbesondere Herausforderungen für die Raumplanung etwa in den Bereichen Überschwemmungsbekämpfung, Sicherstellung der Frischwasserversorgung und Stadtentwicklung.

Mit dem Regierungswechsel in den Niederlanden 2010 reduzierten sich auch die Ambitionen in der Klimapolitik, die neben der Raumplanung eng mit der Energiepolitik verknüpft ist. Die vorherige Regierungskoalition unter Premierminister Jan Peter Balkenende (CDA) hatte eine ambitionierte Klimapolitik verfolgt. Das Arbeitsprogramm *Schoon en Zuinig* sah bis 2020 – im Vergleich zum Niveau von 1990 – eine Reduktion der Treibhausgase um 30 Prozent, eine Verdopplung der Energieeinsparung von ein auf zwei Prozent jährlich sowie die Erhöhung des Anteils Erneuerbarer Energien am Gesamtenergieverbrauch auf 20 Prozent vor. Fortschritte bei der Treibhausgasreduktion wurden nicht zuletzt aufgrund verringerter Emissionen infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise erreicht. Im Vergleich dazu fallen die klimapolitischen Ziele der neuen Regierungskoalition unter Premierminister Mark Rutte von den Rechtsliberalen der VVD und dem CDA mit Duldung

der populistischen PVV von Geert Wilders bescheidener aus. Umwelt- und Klimapolitik genießen keine Priorität. So soll bis 2020 die Treibhausgasreduktion nur noch 20 Prozent und der Anteil Erneuerbarer Energien am Gesamtenergieverbrauch nur noch 14 Prozent betragen. Das Ziel der Vorgängerregierung, auf europäischer Ebene eine Treibhausgasreduktion von 30 Prozent zu erreichen, wurde nicht in die Koalitionsvereinbarung von VVD und CDA aufgenommen. Um ihre klima- und energiepolitischen Ziele zu erreichen, will die Regierung u.a. verstärkt auf Kernenergie zurückgreifen. Auch nach dem Atomunglück von Fukushima hält die Regierung Rutte am Bau eines zweiten Kernkraftwerks fest. Gleichwohl hat eine Diskussion über Sicherheitsstandards für AKWs begonnen. Ferner setzt die Regierung auf die unterirdische Speicherung von CO₂ sowie übergangsweise auf finanzielle Unterstützung für Erneuerbare Energien. Ein zentraler Grund für die geringeren klimapolitischen Ambitionen der neuen Regierung dürfte sein, dass sie auf die Duldung der PVV angewiesen ist, die den Klimawandel negiert und internationale Klimaschutzabkommen sowie nationale Klimapolitik als Zusatzbelastung für den Steuerzahler ablehnt. Einher mit dem politischen Aufstieg der PVV seit 2006 geht erstmalig eine Politisierung der niederländischen Klimapolitik, die sich zuvor weitgehend unbestritten an den wissenschaftlichen Erkenntnissen des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) orientierte.

Die neue niederländische Regierung zeigte sich zufrieden mit den Beschlüssen der VN-Klimakonferenz von Cancún 2010. Hauptziel war es, im Rahmen der Europäischen Union Beschlüsse zu folgenden Kernthemen zu erreichen: Milderung der Folgen und Anpassung an den Klimawandel, Einrichtung eines internationalen Klimafonds, Entwaldung und Technologietransfer. Die Regierung legte dabei einen Akzent auf mehr Transparenz bei der Finanzierung von Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels in Entwicklungsländern. Durch mehr Informationen und Kontrollmöglichkeiten für Geberländer solle vor allem das Vertrauen in die Klimafinanzierung erhöht werden. Die Niederlande haben in diesem Zusammenhang die Initiative zur Einrichtung einer Internetseite ergriffen, die Informationen darüber bereitstellen soll, wie Gelder ausgegeben und welche Ergebnisse erzielt werden (www.faststartfinance.org). Entsprechend wurden die Ergebnisse von Cancún durch die niederländische Regierung als ausgewogen und als solide Basis für die Entwicklung eines weltweiten Klimaregimes bewertet.

In der niederländischen Presse wird das Thema „Klimawandel“ weitgehend nuanciert behandelt. Dabei ist das mediale Interesse besonders eng mit den jährlich stattfindenden VN-Klimakonferenzen verbunden. Insbesondere im Vorfeld der Klimakonferenz von Kopenhagen Ende 2009 waren Klimawandel und internationale Klimapolitik ein Topthema. Im Gegensatz dazu findet die nationale Klimadebatte ein schwaches Echo. Allgemein gilt das mediale Interesse eher Auswirkungen, Politiken und Lösungsansätzen als den Gründen des Klimawandels.

BELGIEN

Der Klimawandel stellt Belgien vor diverse Herausforderungen. Die staatliche Commission Nationale Climat konnte in ihrer *5ème Communication Nationale* 2009 bereits erste Anzeichen des Klimawandels in Belgien, wie steigende Jahresdurchschnittstemperaturen, verstärkte Häufung von Niederschlägen sowie vorzeitige Wanderungen bestimmter Vogelarten identifizieren. Vor diesem Hintergrund geht die Kommission mittel- und langfristig – bei weiterem Temperaturanstieg und Zunahme extremer Wetterphänomene – vor allem von Risiken für Ökosystem und Biodiversität aus. Zudem werden steigende Risiken für die Volksgesundheit beispielsweise infolge von Hitzewellen befürchtet. Hingegen sieht sich Belgien in den Bereichen Anpassung der Landwirtschaft und des Katastrophenschutzes an den Klimawandel bereits gut gerüstet.

Der komplexe föderale Aufbau Belgiens prägte in den letzten Jahren Struktur und Entwicklung der belgischen Klimapolitik. Die Kompetenzen sind zwischen föderaler und regionaler Ebene, d.h. Flandern, Wallonien und Brüssel-Hauptstadt, aufgeteilt. Während die föderale Ebene beispielsweise für die Energiepolitik hinsichtlich Kernkraft oder Energieinfrastruktur zuständig ist, obliegt den Regionen u.a. die Förderung von Energieeffizienz und Erneuerbaren Energien. Entsprechend wurden die Zielvorgaben zur Treibhausgasreduktion im Rahmen des Kyoto-Protokolls auch zwischen den Regionen aufgeteilt. Während von 2008 bis 2012 – im Vergleich zum Niveau von 1990 – der Ausstoß von Treibhausgasen in der Wallonie um 7,5 Prozent und in Flandern um 5,2 Prozent zurückgehen muss, dürfen die Emissionen in Brüssel-Hauptstadt um 3,475 Prozent ansteigen. Ferner verfügen die Regionen jeweils über eigene Klimaschutzpläne mit spezifischen Zielen und Instrumenten. Um die klimapolitische Koordination im Föderalstaat zu verbessern, wurde insbesondere die Commission Nationale Climat eingesetzt. Diese legte Ende 2008 einen nationalen Klimaplan für 2009 bis 2012 vor. Dieser sieht sechs sektorale strategische Handlungsfelder vor: Optimierung der Energieproduktion, Steigerung

der Energieeffizienz im Gebäudesektor, Anpassungen bei industriellen Prozessen, Entwicklung nachhaltiger Verkehrsmittel, Förderung nachhaltigen Managements der land- und forstwirtschaftlichen Ökosysteme sowie verstärkte Anstrengungen im Abfallmanagement. Hinzu treten unterstützende, horizontale Handlungsfelder wie die Förderung der Klimaforschung oder die Schärfung des öffentlichen Bewusstseins in Bezug auf klimapolitische Fragen.

Als Inhaber der Präsidentschaft des Rates der Europäischen Union nahm Belgien in der zweiten Jahreshälfte 2010 auf europäischer und internationaler Ebene eine Schlüsselrolle ein. Unter belgischer Ratspräsidentschaft wurde das EU-Verhandlungsmandat für Cancún festgelegt und dem belgischen Energieminister Paul Magnette sowie Joke Schauvliege, flämischer Umweltminister, in Zusammenarbeit mit EU-Klimakommissarin Connie Hedegaard fiel die Aufgabe zu, die Koordination zwischen den 27 Mitgliedstaaten in Cancún sicherzustellen. Dass die EU in Cancún – im Vergleich zu Kopenhagen – besser vorbereitet und kohärenter auftrat, wird auch als Verdienst der belgischen Ratspräsidentschaft gewertet.

Das Atomunglück in Fukushima hat in Belgien dazu geführt, dass eine Entscheidung des Parlaments über die geplante Laufzeitverlängerung von AKWs vertagt wurde. 2003 hatte die damalige linksliberale Regierungskoalition einen Ausstieg aus der Atomenergie zwischen 2015 und 2025 beschlossen. Mangels Alternativen verlängerte die Regierung von Premierminister Herman Van Rompuy jedoch 2009 die Laufzeit der sieben Reaktoren um zehn Jahre. Aufgrund der seit den Wahlen im Juni 2010 andauernden Regierungskrise hat das Parlament diese Entscheidung jedoch noch nicht absegnen können. Nun soll diese Laufzeitverlängerung bis zur Veröffentlichung der für das Jahresende vorgesehenen Ergebnisse des Stresstests für AKWs vorerst ausgesetzt werden.

Trotz dieser konstruktiven Rolle Belgiens konzentrierte sich die Berichterstattung zum Klimawandel in den nationalen Printmedien auf die Topthemen Bewältigung der Finanzmarktkrise und der belgischen Staatskrise. Das mediale Interesse am Klimawandel wird erst wieder im Vorfeld des jährlichen VN-Klimaschutzgipfels ansteigen. Charakteristisch für die Berichterstattung der nationalen Klimapolitik ist die in Belgien häufig anzutreffende regionale Perspektive.

POLEN

Anne Velder

Seit den neunziger Jahren ist die enorme Umweltverschmutzung, die durch die Wirtschaftsweise während der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts verursacht wurde, drastisch zurückgegangen. Trotz großer Erfolge, die Polen im Umweltschutz verzeichnen kann, verlangen die umweltpolitischen Anforderungen der EU der polnischen Umweltpolitik weiterhin große Anstrengungen ab. Vor allem der für den Klimaschutz als besonders bedeutend bewertete Bereich der Luftverschmutzung durch Abgase entwickelt sich zwiespältig. Der starke Rückgang der CO₂-Emissionen nach 1990 hat in erster Linie rechnerische Ursachen und lässt sich vor allem durch den industriellen Niedergang nach 1989 (speziell der Schwer- und Rohstoffindustrie), durch bessere Filtersysteme und eine höhere Produktionseffizienz sowie einen Strukturwandel der Wirtschaft erklären. Derzeit nehmen die Emissionen wieder zu und auch in Zukunftsprognosen wird von einem weiteren Anstieg ausgegangen.¹

Bis heute zeichnet sich die polnische Wirtschaft durch ihre große Energie- und Rohstoffintensität aus. Kein anderer Energiemarkt in der Europäischen Union ist so stark von Kohle abhängig wie der polnische, der sich mit einem Anteil von über 90 Prozent Energiegewinnung aus Kohle auch weltweit an der Spitze der kohleintensivsten Energiemärkte befindet. Vor allem mit Blick auf die dritte Phase des europäischen Emissionshandelssystems, das einen tiefgreifenden Wandel des europäischen Energiemarktes nach sich ziehen wird, stehen die polnische Regierung und die Wirtschaft unter Handlungsdruck. Kohle ist, laut EU-Kommission, der umweltschädlichste Energieträger überhaupt – wenn man die bei der Energiegewinnung freigesetzte Menge an CO₂ pro Kilowattstunde als Maßstab nimmt.

KLIMAWANDEL IN POLEN

Auch in Polen sind Klimaveränderungen beobachtbar. Registriert wurden ein messbarer Anstieg der Jahresdurchschnittstemperatur um 0,4 bis 0,6 Grad Celsius, Veränderungen bei der Niederschlagsstruktur sowie ein vermehrtes Auftreten extremer Wetterphänomene.² Allein 2010 wurde Polen nacheinander von

drei Hochwasserwellen erfasst, die die Konsequenzen extremer Wetterereignisse deutlich zu Tage förderten. Eine andauernde Hochwasserkatastrophe wie diese ist bisher historisch einmalig.³

Die Erklärung solcher in Polen ungewöhnlicher Wetterphänomene mit dem Klimawandel ist unter polnischen Wissenschaftlern wenig umstritten. Offen und damit vielfach diskutiert ist jedoch, ob es sich hierbei um ein natürliches Ereignis oder um eine vom Menschen verursachte und damit beeinflussbare Umweltveränderung handelt.

Thematische Schwerpunkte bei der wissenschaftlichen Behandlung dieses Themas sind die Luftqualität und die Auswirkungen des Klimawandels auf die (Land-) Wirtschaft und damit auf die Prosperität und den zukünftigen Wohlstand. Als beispielhaft kann das Forschungsprojekt „KLIMA. Der Einfluss des Klimawandels auf Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft“, an dem unter anderem das Institut für Meteorologie und Wasserwirtschaft (Instytut Meteorologii i Gospodarki Wodnej, IMGW) beteiligt ist, genannt werden. Neben dem IMGW sind insbesondere das Institut für den Schutz der Umwelt (Instytut Ochrony Środowiska, IOŚ) sowie das Institut für Forstwissenschaft (Instytut Badawczy Leśnictwa, IBL) meinungsbildende Forschungszentren in diesem Themenfeld. Zudem lässt sich in den letzten Jahren ein starker Zuwachs an wissenschaftlichen Einrichtungen, Lehrstühlen und Studienplätzen in diesem Bereich beobachten.

Neben solchen naturwissenschaftlich ausgerichteten Forschungen werden vor allem die wirtschaftlichen und politischen Zusammenhänge, Potentiale und Herausforderungen untersucht. Einen Schwerpunkt bildet auch hier die Notwendigkeit, in Polen den Ausstoß der so genannten grünen Treibhausgase, insbesondere Kohlenstoffdioxid, zu verringern. Die einzelnen Studien hierzu setzen zumeist bei der Tatsache an, dass Polen als Unterzeichner des Klima- und Energiepakets der EU 20-20-20⁴ sich zu einer Treibhausgasreduktion von 20 Prozent bis 2020 verpflichtet hat.

Eine oft zitierte Studie, die das in Polen vorhandene Potential der Treibhausgasreduktion untersucht, wurde von der Unternehmensberatung McKinsey & Company

1 | Vgl. Dariusz Kielczewski: „Umweltprobleme und Umweltstandards in Polen“, in: Dieter Bingen/Krzysztof Ruchniewicz (Hg.): Länderbericht Polen, Bonn 2009, S. 319–332.

2 | Vgl. „Republic of Poland. Fifth National Communication under the United Nations Framework Convention on Climate Change“, Warschau 2010.

3 | <http://naukawpolsce.pap.pl> [02.09.2011].

4 | Die 20-20-20-Ziele sind: 20 Prozent Erneuerbare Energie, 20 Prozent Minderung der CO₂-Emission und 20 Prozent Steigerung der Energieeffizienz bis 2020 (ausgehend vom Basisjahr 1990).

2009 veröffentlicht.⁵ In dieser wird dargelegt, dass Polen ein bedeutendes Potential zur Reduktion der Treibhausgase (um ein Drittel), Steigerung der Energieeffizienz (um ca. 40 Terrawattstunden pro Jahr) und den Ausbau der Erneuerbaren Energien (derzeitige Ausnutzung des Potentials liegt bei 17 Prozent) besitzt. Die Herausforderung sei, dieses zu aktivieren. Den Berechnungen der Unternehmensberatung zufolge müssten 90 Milliarden Euro für Modernisierungsmaßnahmen in Wirtschaft und Energieinfrastruktur aufgebracht werden. Diese Investition brächte insgesamt eine Einsparungsleistung von 113 Milliarden Euro. Demgegenüber berichtete die Tageszeitung *Rzeczpospolita*, dass die bisher geplanten Emissionsreduktionen bis zum Jahr 2030 Polen jährlich ein Prozent des BIP kosten würden. Zudem müsse mit höherer Arbeitslosigkeit und sinkender Industrieproduktion gerechnet werden.⁶

Die steigende Bedeutung des Themas in der Politikberatung verdeutlicht das Projekt „Klima und Energie“ des Zentrums für Internationale Beziehungen (Centrum Stosunków Międzynarodowych, CSM), das sich mit den politischen und wirtschaftlichen Herausforderungen des Klimawandels beschäftigt. Ziel des Projektes ist die Anregung einer öffentlichen politischen Debatte.⁷

Die Sensibilität der Bevölkerung für die Themen Klimawandel und Klimaschutz hat sich in den letzten Jahren auffällig verändert. Es lässt sich ein Mentalitätswandel feststellen, der die notwendige Voraussetzung für ein umweltbewusstes Verhalten ist. Vormalig dominierte eine passive Haltung, die sich dadurch auszeichnete, dass nicht der einzelne Bürger sich für seine Umwelt verantwortlich fühlte, sondern die Verantwortung alleine dem Staat zugeschrieben wurde. Während zu Beginn des letzten Jahrzehnts Klimawandel und Umweltschutz als marginale Randthemen kaum im öffentlichen Bewusstsein verankert waren, zeigt eine CBOS-Umfrage vom Januar 2010, dass die Mehrheit der Polen sich heute um die Umwelt und den Umgang mit ihr sorgt. Auch ist die Meinung, dass man einen persönlichen Einfluss auf die Umwelt hat, gestiegen. Fragt man in der Bevölkerung nach den Ursachen des Klimawandels, sind etwa drei Fünftel der Polen der Meinung, dass der Klimawandel durch Menschen verursacht wird. Nur 15 Prozent geben an, dass sie keine Meinung zu diesem Thema haben, oder

verneinen einen Klimaeffekt generell. Der strenge Winter 2009/2010 hat die Zweifel an der Existenz eines Klimawandels verstärkt.⁸

DOKUMENTE UND INSTRUMENTE DER KLIMAPOLITIK

Auf der politischen Ebene ist Klimaschutz institutionell in der Abteilung für Klimawandel und Atmosphärenschutz beim Umweltministerium angesiedelt. Ein Schlüsseldokument der polnischen Regierung im Bereich der Umweltpolitik zum Klimaschutz ist die „Nationale Umweltpolitik für 2009 bis 2012 mit Ausblick auf 2016“.⁹ In diesem werden alle relevanten umweltpolitischen Bereiche aufgeführt sowie Ziele und Lösungsansätze dargestellt.

Daneben ist im Policy-Feld Energiepolitik das Wirtschaftsministerium federführend. In der Mitte 2008 vorgelegten und Ende 2009 angenommenen Richtlinie „Polnische Energiepolitik bis 2030“, die die Ziele der polnischen Energiepolitik auflistet, finden sich Ansätze einer modernen Energiepolitik, die die vorherige einseitige Betonung von Kohle als absolut dominierenden Energieträger durchbrechen sollen.¹⁰

Ein weiteres Dokument ist das „Fifth National Communication under the United Nations Framework Convention on Climate Change“. In diesem Bericht, der durch die polnische Regierung der UNFCCC vorgelegt wurde, wird die Klimapolitik Polens mit Blick auf die Verträge UNFCCC und das Kyoto-Protokoll beschrieben. Instrumente der Klimaschutzpolitik finden sich vor allem in den Politikfeldern Wirtschaft/Industrie, Energiepolitik, EU-Politik (Finanzierungsinstrumente) und Bildung. Beispielhaft sind hier vor allem Zertifizierungsmaßnahmen im Bereich der Energieeffizienz, Managementsysteme (verbesserte Administration), der CO₂-Emissionshandel und Bildungsprogramme¹¹. Auch Gesetzesänderungen, die die Umsetzung der Energie- und Klimaziele der Regierung ermöglichen, werden verstärkt eingebracht.¹²

5 | Vgl. McKinsey & Company, *Ocena potencjału redukcji emisji gazów cieplarnianych w Polsce do roku 2030*, Warschau 2009.

6 | Vgl. *Rzeczpospolita*, 25.02.2011.

7 | Vgl. Centrum Stosunków Międzynarodowych, *Zmiany klimatu są faktem. Zbiór materiałów przygotowanych w ramach projektu „Zmiany klimatu w świadomości obywateli“*, Warschau 2009.

8 | Vgl. Centrum Badań Opinii Społecznej (CBOS), „*Polacy o stanie środowiska i zmianach klimatu*“ (=BS/1/2010), Warschau 2010; ders. „*Polacy wobec zmian klimatu*“ (=BS/65/2009), Warschau 2009; ders. „*Polish Public Opinion*“, Januar 2010.

9 | „*National Environmental Policy for 2009–2012 and its 2016 Outlook*“, verabschiedet vom Sejm am 22.05.2009.

10 | Vgl. Ministerstwo Gospodarki, „*Polityka energetyczna Polski do 2030 roku*“, vom 04.09.2008, angenommen am 10.11.2009.

11 | Ein gutes Beispiel hierfür ist das Zentrum für Bürgererziehung (CEO), das viele an Kinder und Jugendliche gerichtete Programme im Umweltbereich anbietet. Passend zum COP16-Gipfel wurde das Projekt eines „kleinen COP“ initiiert. Hier sollen polnische Schüler einen Klimagipfel simulieren. <http://www.ceo.org.pl> [02.09.2011].

12 | Vgl. z.B. die Gesetzesnovelle zum Energierecht vom 08.01.2010.



Das Kraftwerk Belchatów in der Woiwodschaft Łódź ist mit 4.440 Megawatt Leistung das weltgrößte Braunkohlekraftwerk. Seit 2005 wird die Anlage den europäischen Umweltstandards entsprechend umgerüstet.

Für wirtschaftliche Investitionen und Innovationen in diesem Bereich ist als Finanzierungsinstrument vor allem der Nationale Umweltschutz- und Wasserwirtschaftsfonds (Narodowy Fundusz Ochrony Środowiska i Gospodarki Wodnej, NFOŚiGW¹³) bedeutend. Mit Hilfe seiner Mittel werden vielfach Privatinvestitionen im Umwelt- und Klimaschutzbereich unterstützt und damit das privatwirtschaftliche Engagement forciert.

KLIMAWANDEL UND KLIMADEBATTE IN DEN MEDIEN

Umweltschutz als solcher wird insgesamt nur wenig in der allgemeinen Presse thematisiert und genießt in den polnischen Printmedien keine hervorgehobene Stellung. Auch während der letzten Hochwasserkatastrophe (2010) war das Thema Klimawandel nur nachrangig. Besondere Aufmerksamkeit, wenn auch nur für einen relativ kurzen Zeitraum, kam in der Berichterstattung den internationalen Klimaverhandlungen der Vertragsstaatenkonferenz COP14 (2008), COP15 (2009) und COP16 (2010) zu. Auffällig an der Berichterstattung über Klimawandel und Klimapolitik in Polen ist der oftmals sehr enge Zusammenhang mit sicherheitspolitischen Aspekten, wie etwa der Angst vor einer zu starken Abhängigkeit von russischem Gas und der Debatte um CO₂-Reduktionen im Rahmen von EU-Vereinbarungen. Seit 2008 verbreitert sich die Berichterstattung um Fragen der alternativen Energiegewinnung. Dabei spielen Atomkraft, Schiefergas („Shale-Gas“), Biogasanlagen und Windkraft eine besondere Rolle. Wichtiger Kern der Debatten ist in

den meisten Fällen die Energiesicherheit Polens sowie die Sicherung der wirtschaftlichen Entwicklung und des Wirtschaftswachstums.

Ein weiterer Trend ist die Zunahme von NGOs, die sich mit dem Thema Klimawandel beschäftigen. Diese zeigen vor allem im Internet Präsenz. Viele sind auch Teil des Umweltbildungsprogramms des Umweltministeriums oder werden aus Mitteln des NFOŚiGW und aus EU-Geldern finanziert.¹⁴

KLIMAPOLITIK ALS INNENPOLITISCHES THEMENFELD

Klimapolitik wird in Polen zumeist mit der Treibhausgasreduktion in Verbindung gebracht, wenngleich auch der Schutz des Waldes für Polen auf Grund der vorhandenen Waldgebiete (30 Prozent der Landfläche) Bedeutung erlangen konnte. Die Verbindung zwischen Energie- und Klimapolitik wurde bislang kaum hergestellt, da Energiepolitik sich bisher vor allem auf die Ausweitung und Sicherung der Energieversorgung bezog. Nur zögerlich werden neue Aspekte, wie etwa der nachhaltige Umbau der Energiesysteme, in das energiepolitische Handeln integriert. Immer noch ist die Energiesicherheit der zentrale Punkt der polnischen Energie- und Klimapolitik.

Die derzeitige Debatte um die notwendige Reduktion der klimaschädlichen Treibhausgase steht in direktem Zusammenhang mit der Energieerzeugung. Wie oben aufgezeigt, ist der polnische Energiemarkt fast vollständig von Kohle abhängig. In der Mitte des Jahres 2010 vorgelegten Erweiterung der Richtlinie „Polnische Energiepolitik 2030“ werden zahlreiche Ziele im Bereich der Energiequellendiversifizierung genannt. Vor allem im Sektor der Erneuerbaren Energien will Polen gezielt die Nutzung anderer Energieträger fördern. Gleichzeitig soll eine stärkere Dezentralisierung der privaten Strom- und Energieversorgung erreicht werden. Als alternative Energiequellen werden insbesondere Biokraftstoffe, Biogas, Wasserenergie, geothermische Energie, Wind- und Sonnenenergie sowie Schiefergas und Atomkraft genannt. Ziel ist es, bis 2030 den Anteil der Erneuerbaren Energie am Endverbrauch auf 15 Prozent zu erhöhen und bei der Nutzung von Biokraftstoffen im selben Zeitraum einen Anteil von zehn Prozent zu erreichen. Neben der Energiequellendiversifizierung sollen optimale Bedingungen zur Entwicklung und Entstehung dezentraler Energieerzeugung, die durch den Einsatz lokal zugänglicher Rohmaterialien gesichert ist, geschaffen werden.¹⁵

13 | Der NFOŚiGW wurde 1989 eingerichtet. Er ist rechtlich eigenständig und finanziell vom Staat unabhängig. Er finanziert sich u.a. aus Geldern, wie etwa Gebühren aus der wirtschaftlichen Nutzung der Umwelt bzw. der Naturressourcen, Strafzahlungen bei Umweltschäden.

14 | Vgl. beispielhaft: <http://chronmyklimat.pl> [02.09.2011].

15 | Vgl. Regierungsdokument „Entwicklungstendenzen bei landwirtschaftlichen Biogasanlagen in Polen in den Jahren 2010 bis 2020“, verabschiedet am 13. Juli 2010.

Derzeit wird intensiv über den Bau der ersten Atomkraftwerke diskutiert.¹⁶ Diese werden als Chance gesehen, klimaneutral und unabhängig von (russischen) Rohstoffimporten, wie etwa Gas, die Energiesicherheit zu erhöhen und gleichzeitig die Emissionsreduktionsziele zu erreichen. Vor der Katastrophe in Japan 2011 war die öffentliche Auseinandersetzung mit dem Thema Kernkraft kaum existent. Gesellschaftlich war Atomenergie akzeptiert und wurde mehrheitlich unkritisch als klimafreundlicher Ersatz für Kohlekraftwerke angesehen und geschätzt (2009 erreichte die Anzahl der Befürworter der Energiegewinnung aus Kernkraft laut einer CBOS-Umfrage ihren Höhepunkt). Als Folge von Fukushima belebte sich die öffentliche und politische Debatte. Der Anteil derjenigen, die diese Form der Energiegewinnung in Polen ablehnen, stieg auf 53 Prozent an.¹⁷ Vereinzelt kam es auch zu Protesten. Ein ähnlicher Trend konnte 1986 nach der Tschernobyl-Katastrophe (in deren Folge in Polen der Bau eines Kernkraftwerkes eingestellt wurde) festgestellt werden. Trotz der sich wandelnden öffentlichen Meinung hält die Regierung an ihren bisherigen Plänen fest. Zuletzt wurde Ende Juni eine Gesetzesänderung vom Sejm verabschiedet, die Grundlage für den Bau neuer Kernkraftwerke ist.¹⁸ Mit Blick auf die im November anstehenden Parlamentswahlen ist davon auszugehen, dass das Thema Kernenergie weiterhin in der politischen Debatte virulent bleibt – die Aufforderung nach einem Referendum über den Kernkraftbau eines Oppositionspolitikers zeugt hiervon. Allerdings sollte die Bedeutung dieser Kontroverse rund um die Kernenergienutzung nicht überschätzt werden. Trotz der derzeit vor allem für die Gefahren der Kernenergienutzung sensibilisierten Öffentlichkeit, überwiegt in der politischen Debatte die Frage nach der Energiesicherheit.

Ein weiteres Leuchtturmprojekt, das bei der Erfüllung der klimapolitischen Ziele einen besonderen Stellenwert besitzt, ist der Bau einer Carbon Capture and Storage-Anlage im zentralpolnischen Bełchatów. Durch das Abscheiden und unterirdische Speichern von CO₂ soll Kohle in Zukunft als klimakompatibler Brennstoff

nutzbar sein. Gefördert wird dieses Projekt durch finanzielle Mittel der EU. Federführend ist der staatliche Elektrizitätskonzern PGE.¹⁹

DIE ROLLE EUROPAS UND DEUTSCHLANDS IN DER POLNISCHEN KLIMAPOLITIK

Die Europäische Union spielt in der Ausgestaltung der Klimapolitik Polens eine besondere Rolle, da die meisten Klimaziele der polnischen Regierung sich nach den hierzu unterzeichneten Abkommen und Verträgen im Rahmen des EU-Beitritts richten oder neue EU-Richtlinien in polnisches Recht übertragen werden. Die EU kann somit als Impulsgeber für die polnische Klimaschutzpolitik gelten, auch wenn die polnische Einstellung gegenüber der europäischen Klimapolitik bisher eher kritisch und distanziert war. Immer noch profitiert Polen von den Struktur- und Kohäsionsfonds der EU, die dadurch wiederum der Umsetzung der Klimaziele in Polen besondere Anreize setzten. Dennoch gilt Polen als „Bremsen“ einer ehrgeizigeren gemeinsamen Klimaschutzpolitik. Der 2010 auf einem Treffen der EU-Staaten gemachte Vorschlag, die Treibhausgas-Emissionen der EU bis 2020 um 30 Prozent zu verringern, wird von Polen abgelehnt, da man die potentiellen Gefahren für die Wirtschaft als zu hoch ansieht. Vor allem auf Grund der bisher vernachlässigten Modernisierung von Kraftwerken und des Drucks der wirtschaftlichen Aufholzwänge sieht man sich nicht in der Lage, ehrgeizigere Ziele als die bisher beschlossenen zu verfolgen. Auch gesellschaftliche und globalökonomische Argumente, wie die überdurchschnittlich hohe und unzumutbare Belastung der einkommensschwachen Bevölkerungsgruppen sowie die Gefahr einer Abwanderung der emissionsintensiven Industrien in weniger restriktive östliche Partnerländer, werden angeführt, um entweder ehrgeizigere Klimavereinbarungen in der EU zu verhindern oder besondere Hilfen und Sonderregeln für Polen und die mittelosteuropäischen Mitgliedsländer zu erwirken.²⁰

Außerhalb der EU-Gremien ist Deutschland vor allem bei gemeinsamen grenzübergreifenden umweltpolitischen Maßnahmen relevant (z.B. Oderregion).

DER COP16-GIPFEL 2010 IN CANCÚN

Die Klimaverhandlungen im Rahmen der UNFCCC stehen in direkter Verbindung mit den Klimavereinbarungen innerhalb der Europäischen Union und der im zweiten Halbjahr 2011 beginnenden polnischen

16 | Bis 2030 sollen in Polen zwei Atomkraftwerke gebaut werden. Der geplante Baubeginn für das erste Atomkraftwerk ist 2016, die Inbetriebnahme soll dann 2020 erfolgen. Die Wahl der Standorte ist für Ende 2011 angekündigt. Bisher stehen vier Orte in der engeren Auswahl: Zarnowiec (wobei zu einer hohen Wahrscheinlichkeit davon auszugehen ist, dass hier das erste Atomkraftwerk gebaut werden wird), Kopan, Warta-Klempicz und Nove Miasto.

17 | Vgl. Natalia Hiszp, „Energetyka Jądrowa w Polsce – Za Czy Przeciw?“, CBOS-Umfrage, Warschau April 2011 (= BS/48/2011).

18 | Vgl. Ustawa z dnia 13 maja 2011 r. o zmianie ustawy – Prawo atomowe oraz niektórych innych ustaw (verabschiedet am 27.06.2011).

19 | Vgl. Martin Kremer/Kai-Olaf Lang: „Polen – Vom Bremsklotz zum potentiellen Klimapartner Deutschlands?“, SWP-Aktuell 65, Berlin 2010.

20 | Vgl. ebd.

EU-Ratspräsidentschaft, für die u.a. das Ziel ausgegeben wurde, sich im Bereich des Umweltschutzes besonders zu engagieren. Dennoch sprach sich Polen beim EU-Gipfeltreffen zu einer gemeinsamen Strategie bei der COP16 gegen ehrgeizigere Klimaziele der EU aus und betonte in offiziellen Statements vor allem die Bedeutung der innereuropäischen Einigkeit. Seitens des polnischen Umweltministeriums wurde vor Beginn des Gipfels vor allem die herausragende Bedeutung dieser Konferenz für die Erstellung eines gemeinsamen Klimaabkommens, das nach Ablauf des Kyoto-Protokolls Gültigkeit erlangen soll, betont. Eine enge Zielformulierung wurde nicht genannt. Nur über die allgemeine Wichtigkeit einer internationalen Vereinbarung zum Klimaschutz, um den mit der wirtschaftlichen Entwicklung und modernen Lebensweise zusammenhängenden Energie- und Ressourcenverbrauch zukunftsfähig zu gestalten, wurde informiert.

Die Bewertungen des Konferenzergebnisses in Polen fallen unterschiedlich aus. Während in der offiziellen Presseerklärung des Umweltministeriums die zum Ende des Gipfels verabschiedete gemeinsame

Erklärung als Erfolg dargestellt wird, bezeichnet Minister Janusz Zaleski den Gipfel als ineffektiv und das Ergebnis als verantwortungslos gegenüber den zukünftigen Generationen. Im offiziellen Statement des Ministeriums wird die verabschiedete Vereinbarung als gutes Fundament für die Abschlussverhandlungen eines verbindlichen Nachfolgeabkommens im nächsten Jahr bewertet. Dies sei vor allem dahingehend wichtig, da Polen 2011 durch die EU-Ratspräsidentschaft zum Verhandlungsführer der EU wird. Auch wird positiv hervorgehoben, dass während des Gipfels ein Treffen mit den Ländern der Östlichen Partnerschaft stattfand. Interessanterweise taucht in der Berichterstattung über die COP16-Konferenz in Cancún vor allem immer wieder die bedeutende Rolle der polnischen Diplomatie und damit die Sichtbarkeit und internationale Bedeutung Polens auf. Vielmehr als die ausgehandelten Ergebnisse werden die Leistungen der Diplomaten als solche, d.h. die aktive Teilnahme der polnischen Delegation an allen Diskussions- und Verhandlungsforen, betont. Polen sei sichtbar und sehr präsent gewesen und als ein ernsthafter Player in diesem Bereich wahrgenommen worden.

RUMÄNIEN

*Silvian Ionescu*¹

NATIONALE UND INTERNATIONALE KLIMAPOLITIK RUMÄNIENS

Rumänien hatte in der Zeitspanne Mai 2010 bis Mai 2011 den Vorsitz des Ausschusses für Nachhaltige Entwicklung der UNO inne und beschäftigte sich in dieser Eigenschaft mit der Vorbereitung der Umweltkonferenz 2012 in Rio de Janeiro und der Ausarbeitung eines rechtskräftigen, global umfassenden Abkommens zum Klimawandel. Innenpolitisch setzte Rumänien als Prioritäten für die kommenden Jahre die Nutzung Erneuerbarer Energien, die Bekämpfung der Folgen von Fluten und die Umsetzung des Programms Natura 2000. Der Allgemeine Rahmen der Regierungsmaßnahmen zur Bekämpfung der Auswirkungen des Klimawandels wurde in der Strategie zum Klimawandel und in dem Aktionsplan zum Klimawandel von 2005 bis 2006 festgelegt. Weitere Studien zur Auswirkung

des Klimawandels müssen durchgeführt werden, besonders in Bereichen wie Landwirtschaft, Energie, Transport, Gesundheit und Industrie.

DIE AUSWIRKUNGEN UND PERSPEKTIVEN DES KLIMAWANDELS IN RUMÄNIEN

Bereits die Ergebnisse von Wetterbeobachtungen in der Zeitspanne 1901 bis 2000 bestätigten für Rumänien ein Ansteigen der Frequenz extremer Wetterbedingungen als Konsequenz des Klimawandels. Alleine in den Jahren 2000 bis 2008 wurde Rumänien mit den Auswirkungen von zwei extremen Phänomenen konfrontiert: die Dürren von 2000 und 2007 und die Flut von 2005. In der Zeitspanne 1901 bis 2000 führte der Klimawandel zu einer – zwar im Vergleich mit den globalen Werten geringeren – Veränderung der Durchschnittswerte von 0,3 Grad Celsius, allerdings gab es starke regionale Prägungen. Festgestellt wurden ein überdurchschnittliches Temperaturwachstum im Süden und Osten und unbedeutende Veränderungen der Werte im Inneren des Karpatenbogens. Eine stärkere Erwärmung führt seit 1961 zur Erhöhung der Frequenz der tropischen Tage und zur Reduzierung der Anzahl der Wintertage sowie zur Erhöhung der unteren Tem-

1 | [Silvian Ionescu ist Leiter der rumänischen Umweltaufsichtsbehörde \(Garda de mediu\). Der Beitrag gibt ausschließlich die Meinung des Autors wieder.](#)

peraturwerte im Sommer. Der Klimawandel führte in der Zeitspanne 1901 bis 2000 zu einer Verringerung des Niederschlags (Regen und Schnee) und zu einer Verlängerung der Dürreperioden seit 1980, besonders im Süd-Westen (mit extremen Auswirkungen in der Region Oltenia) und Westen, mit einem Höhepunkt im Jahr 2007. Die Minderung des Regen- und Schneefalls führte zur Senkung der Volumen der Gewässer, besonders im Süden und Süd-Osten.

Entsprechend den Prognosen des 4. Berichts des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimawandel ist zu erwarten, dass die Durchschnittstemperaturen, wie allgemein in Europa, auch in Rumänien besonders gegen Ende des 21. Jahrhunderts zunehmen werden. Aufbauend auf Regenmessung deuten über 90 Prozent der Prognosen in der Zeitspanne 2090 bis 2099 auf beträchtliche Dürreperioden im Sommer, besonders im Süden und Süd-Osten des Landes, und auf geringfügige Unterschiede zu den gegenwärtigen Werten im Winter hin.

Den bisher in Rumänien durchgeführten Studien zur Auswirkung des Klimawandels fehlt es aber insgesamt noch an Genauigkeit und Vollständigkeit. Forschungsbedarf besteht unter anderem bei der Identifizierung der im Falle extremer Wetterereignisse besonders gefährdeten Gebiete und Bestandteile des Ökosystems, der detaillierten Analyse und Bewertung des Klimawandels in Rumänien auf der Basis der in der Zeitspanne 1961 bis 2007 erhobenen Daten, der Entwicklung von Statistiken zur Erfassung der Auswirkungen des Klimawandels in Rumänien sowie der Entwicklung und Durchführung von Experimenten zur Erarbeitung weiterer Prognosen zum Klimawandel für Rumänien.

Die mit dem Klimawandel einhergehende Erhöhung der Temperaturen, die Veränderung des Regen- und Schneefalls und die extremen Wetterphänomene haben – je nach Vulnerabilität – unterschiedliche und unterschiedlich starke Auswirkungen auf wirtschaftliche, soziale und ökologische Lebensbereiche. Zu nennen sind Auswirkungen auf die biologische Vielfalt, die Landwirtschaft, die Wasserwirtschaft, das Bauwesen, den Tourismus, den Energiesektor, die Industrie, das Transportwesen, die Gesundheit und die Freizeitgestaltung. Indirekt betroffen sind die Lebensmittelindustrie, die Möbel- und Textilindustrie, die Produktion von Biomasse und die Erneuerbaren Energien. Die Komplexität der Wirkungen zeigt sich zum Beispiel daran, dass durch Dürren im Süden und Süd-Osten des Landes die Produktion von Energie durch Wasserkraftwerke beeinträchtigt werden könnte. Gleichzeitig könnte die Erhöhung der Temperaturen einerseits im Winter zu einer Senkung der Energiekosten für Heizung um sechs bis acht Prozent und andererseits im

Sommer zur Erhöhung der Energiekosten für Klimatisierung um 28 Prozent führen.

DAS THEMA KLIMAWANDEL UND UMWELT-KATASTROPHEN IN DEN MEDIEN

In das öffentliche Bewusstsein Rumäniens sind Fragen der Umweltzerstörung und des Klimawandels noch nicht ausreichend eingedrungen. Die rumänischen Medien behandeln das Thema Klimawandel vor allem in den globalen Zusammenhängen und Auswirkungen. Die Ursachen des Klimawandels werden beschrieben und der Zusammenhang zwischen globalen Veränderungen und extremen Wetterphänomenen im Lande erörtert. Erwähnung finden auch Katastrophenszenarien wie das vermeintliche Ende der Welt im Jahr 2012, eine neue Eiszeit oder eine Desertifikation des Südens des Landes mit Auswirkung auf die Lebensbedingungen der Bevölkerung etc. Die mediale Berichterstattung nach den Fluten des Jahres 2005 führte in der Öffentlichkeit zu einem stärkeren Bewusstsein für die Leiden der Bevölkerung als Opfer solcher Naturphänomene. Zu einer nennenswerten Verhaltensänderung in der Bevölkerung führten diese Erfahrungen allerdings noch nicht.

BEWERTUNG UND ENGAGEMENT IN DER KLIMAPOLITIK

Die rumänische Regierung hat der Aufgabe als Leiter des VN-Ausschusses für nachhaltige Entwicklung eine besondere Bedeutung zugemessen. Dieses Engagement baut auf der Überzeugung auf, dass der Klimawandel erhebliche Auswirkungen auf die nachhaltige Entwicklung hat und der Kampf gegen Treibhausgase und Faktoren der Umweltverschmutzung von globaler Bedeutung ist. Die bisherigen internationalen Bemühungen zur Bekämpfung des Klimawandels werden allerdings eher kritisch betrachtet. Die hohen Erwartungen an die Konferenz von Kopenhagen würden nicht erfüllt, obwohl es im Vorfeld der Konferenz durchaus die Hoffnungen gab, dass diese zu konkreten Ergebnissen führen werde. Offenbar war die Zeit für konkrete Ergebnisse noch nicht reif und die Konferenz auch nicht ausreichend gut vorbereitet. Die Konferenz von Cancún konnte das politische und öffentliche Vertrauen in das multilaterale System der Verhandlung der Problematik des Klimawandels dann teilweise wiederherstellen.

Die rumänische Regierung begrüßt die in Cancún vereinbarte Bildung eines Fonds zur Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen in Entwicklungsländern (Green Climate Fund). Die COP16 bekennt sich ausdrücklich zur besonderen Verantwortung der entwickelten Staaten bei der Mobilisierung des zur

Deckung der klimabezogenen Maßnahmen in den Entwicklungsländern notwendigen Finanzbedarfs von 100 Milliarden US-Dollar bis zum Jahre 2020. Ebenfalls begrüßt wird die geplante Schaffung des Cancún Adaptation Framework mit dem Ziel, die Folgen des Klimawandels in den Entwicklungsländern zu mindern.

Für die kommende Zeit bleibt aus rumänischer Sicht der Abschluss eines rechtskräftigen und umfassenden Abkommens im Bereich des Klimawandels ein Hauptziel der weiteren internationalen Verhandlungen. In diesem Sinne wirbt Rumänien für ein stärkeres Engagement der wichtigsten internationalen Akteure, insbesondere der entwickelten Länder und der größten Umweltverschmutzer, die ihren entsprechenden Pflichten in der Bekämpfung des Klimawandels nachkommen sollten.

Auf nationaler Ebene bildet die Frage der Energieversorgung einen Arbeitsschwerpunkt der rumänischen Regierung, auch weil die rumänischen Erdölvorkommen sich voraussichtlich in zehn bis 15 Jahren erschöpfen werden und man überdies mit einem erhöhten Energiebedarf nach der Wirtschaftskrise rechnet, um den steigenden Bedarf des Industriesektors zu decken.

Die jetzige rumänische Regierung fördert daher die Suche nach neuen Energiequellen und baut dabei auf Ergebnisse wissenschaftlicher Untersuchungen auf, wonach Rumänien über erhebliche Kapazitäten

für die Produktion von Windenergie an der Schwarzmeerküste verfügt. Ebenfalls im Zentrum der jetzigen Regierungsarbeit steht die notwendige Umstrukturierung des Energiesektors mit dem Ziel, die Energieversorgung zu diversifizieren und unterschiedliche Energieformen für die Energiegewinnung zu nutzen (z.B. Kohlen-, Wasser- und alternative Energiekraftwerke). Die Maßnahmen zur Förderung von Windenergie und von photovoltaischen Zellen sollen weiter unterstützt werden. In diesen Bereichen wurden bereits erfolgreiche Projekte umgesetzt oder sind auf dem Weg zur Umsetzung und weisen eine überdurchschnittliche Wirtschaftlichkeit auf.

Weiterhin auf nationaler Ebene verfolgt die rumänische Regierung die Einrichtung von Schutzgebieten im Rahmen des länderübergreifenden Programms Natura 2000 und unterstützt ganz ausdrücklich die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen, die sich zunehmend mit der Bekämpfung der Auswirkungen der Fluten und mit dem Schutz gegen Desertifikation beschäftigen. Die Zivilgesellschaft leistet in Zusammenarbeit mit der öffentlichen Verwaltung einen immer wichtiger werdenden Beitrag in der Wiederaufforstung von Flächen und es besteht die Hoffnung, dass nach deutschem Beispiel die massive Entwaldung gestoppt und eine landesweite Wiederaufforstung erreicht werden kann, um im Interesse der kommenden Generationen eine Bewaldung von 33 bis 35 Prozent des Territoriums zu gewährleisten.

SPANIEN

Hans-Günter Kellner

KLIMAPOLITIK LEIDET UNTER SPANIENS WIRTSCHAFTSFLAUTE.

ENTWICKLUNG DER EMISSIONEN – BEWERTUNG DURCH DIE REGIERUNG

Als am 11. Dezember 1997 das Kyoto-Protokoll zum Klimaschutz unterzeichnet wurde, verpflichtete sich die Europäische Union zwar, ihre Emissionen gegenüber dem Stand von 1990 deutlich zu reduzieren. Allerdings gab sich die Union einen internen Verteilungsschlüssel (*burden sharing*) mit unterschiedlichen Anforderungen an die einzelnen Mitgliedstaaten. So wurden von einigen Ländern wie zum Beispiel Deutschland oder Luxemburg erhebliche Senkungen

erwartet, andere durften ihre Emissionen sogar weiter steigern. So sollte der Entwicklung von Industrie und Wohlstand jedes einzelnen Staates Rechnung getragen werden. Spanien durfte demnach seine Emissionen um 15 Prozent steigern.

Trotz des von der Union eingeräumten Spielraums dürfte Spanien zum Stichtag 2012 dieses Ziel weit verfehlen. Dem EU-internen Verteilungsschlüssel zufolge soll das Land bis dahin nicht mehr als 333.238 Tonnen Kohlendioxid ausstoßen. Dieser Wert wurde schon 1998 übertroffen. 2007 überschritt Spanien sein CO₂-Ziel für 2012 um rund 35 Prozent.¹ In den bisher

1 | Emissionsbericht der spanischen Regierung: http://www.mma.es/secciones/calidad_contaminacion/atmosfera/emisiones/pdf/Sumario_de_Inventario_Nacional_Emisiones_GEI_serie_1990-2008.pdf [02.09.2011].

berechneten beiden Folgejahren konnte jedoch eine Trendwende verzeichnet werden. 2008 lag das Land noch um rund ein Viertel über den Kyoto-Vorgaben, ein Jahr später um rund 15 Prozent. Diese Verfehlung des Kyoto-Ziels möchte Spanien mit dem Emissionshandel und einer Entwicklungszusammenarbeit in Klimapolitik mit Lateinamerika ausgleichen.

Spaniens Presse berichtet seit Jahren intensiv über die im Folgenden dargelegten Konsequenzen des Klimawandels für das Land. Über den jüngsten Klimagipfel in Cancún wurde ausführlich berichtet, auch über die ambitionierte Haltung der Europäischen Union. Spanien unterstützte dabei die Forderung Deutschlands, Dänemarks und anderer Mitgliedsländer, die EU solle sich zu einem Emissionsrückgang von 30 Prozent verpflichten. Umweltverbände sahen darin einen Kurswechsel, den die neue Umweltministerin Rosa Aguilar, die erst im Oktober ernannt worden war, möglich gemacht habe. Grundsätzlich wurde der Gipfel in Cancún aufgrund der Verpflichtung der Vereinigten Staaten, Chinas und Brasiliens zu verbindlichen Emissionszielen als Erfolg gewertet.

Spanische Energieexperten rechtfertigen jedoch in Hintergrundgesprächen die Verfehlungen der spanischen Emissionsziele mit „zu ehrgeizigen Zielen“, die angesichts des damaligen Entwicklungspotentials der spanischen Volkswirtschaft nicht eingehalten werden konnten. Die positive Entwicklung in Deutschland wird dabei stets mit dem Hinweis auf die industrielle Modernisierung in Folge der Wiedervereinigung im Osten und die eher verhaltene wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands bis 2007 kommentiert. Dennoch orientiert sich Spanien in Fragen des Klimaschutzes an Deutschland, etwa mit einer ähnlichen Finanzierung Erneuerbarer Energiequellen durch Einspeisevergütungen, jedoch nur wenig an den deutschen Bestrebungen zu mehr Energieeffizienz.

Der Klimaschutz ist mit einem eigenen Staatssekretariat fachlich gut in der Regierung verankert. Die Regierung formuliert Umwelt- und Klimaschutz als Chance für die technologische Entwicklung der spanischen Volkswirtschaft. In einigen Bereichen der Erneuerbaren Energiequellen belegt Spanien tatsächlich eine Spitzenposition, teilweise auch als Ergebnis intensiver deutsch-spanischer Zusammenarbeit. Dennoch war in der zweiten Legislaturperiode Zapateros mit der Abwertung des Umweltministeriums zum Staatssekretariat beim Landwirtschafts- und Fischfangministerium eine neue Prioritätensetzung festzustellen. Erst mit der Neubesetzung an der Ministeriumsspitze durch Rosa Aguilar gewinnt im öffentlichen Diskurs der Regierung der Klimaschutz wieder mehr an Bedeutung.

ABHÄNGIGKEIT: EMISSIONEN UND WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG – FOLGEN

Die Verlautbarungen spanischer Regierungsvertreter zu ihren Verpflichtungen zum Klimaschutz stehen im Widerspruch zur Emissionsentwicklung. Die Statistik zeigt eine parallele Entwicklung von Emissionen der Treibhausgase und wirtschaftlicher Entwicklung. Die Kurve der Kohlendioxid-Emissionen ist bis 2007 schnell in die Höhe gestiegen. Ähnlich verläuft die Wachstumskurve des Bruttoinlandsprodukts. Erst 2007 setzte mit der Wirtschaftskrise bei beiden Kurven eine Trendwende ein.

Zahlreiche Untersuchungen weisen darauf hin, dass Spanien unter dem Klimawandel besonders leiden wird. Einer Untersuchung des spanischen Umweltministeriums zufolge ist seit Ende der siebziger Jahre die Durchschnittstemperatur bereits um mehr als ein halbes Grad angestiegen.² Dieser Trend von einem Anstieg von etwa einem halben Grad pro Jahrzehnt soll sich den Rechenmodellen zufolge fortsetzen. Am Ende des 21. Jahrhunderts wäre es auf der Iberischen Halbinsel im Winter um bis zu vier Grad wärmer, im Sommer bis zu sieben Grad. Zudem warnen die Forscher vor mehr extremen Wetterverhältnissen, mehr Hitzeperioden mit anhaltender Dürre und gleichzeitig auch mehr extremen Niederschlägen und Überschwemmungen. Eine Zunahme der Bodenerosion wäre die Folge. Neuere Untersuchungen³ bestätigen diese Befürchtungen.

ZUNEHMENDE SOZIALE UND POLITISCHE VERTEILUNGSKÄMPFE UM DAS WASSER

Am Beispiel des ehemaligen Lagunensystems Tablas de Daimiel in der Region La Mancha lässt sich die Austrocknung einst fruchtbarer Gebiete gut beobachten. Dort ermöglichte ein bis zu 5.000 Quadratkilometer großer Grundwasserstock nicht nur die Entwicklung eines sumpfähnlichen Lagunensystems, sondern auch eine intensive und fruchtbare Landwirtschaft. Das Ausbleiben der Niederschläge macht es seit Jahren notwendig, den Weizenanbau großflächig zu bewässern. Das Wasser entnehmen die Bauern dem Grundwasserstock, der immer weiter absinkt. Die lang anhaltende Trockenheit führt seit mehreren Jahren im Sommer zudem dazu, dass die Senken des Gebiets ihr in Jahrhunderten natürlich gespeichertes Kohlendioxid abzugeben beginnt. Die sumpfige Vegetation ist ausgetrocknet und beginnt durch Selbstzündung zu glimmen.

2 | Ministerio de Medio Ambiente, *Principales Conclusiones de la Evaluación Preliminar de los Impactos en España por el Efecto del Cambio Climático*, 2005.

3 | *Clima en España, pasado, presente y futuro*, CSIC, 2009.



Das weltweit erste kommerziell genutzte Wellenkraftwerk ging im nordspanischen Mutriku in Betrieb. Mit der natürlichen Kraft des Wellengangs soll eine Leistung von rund 300 Kilowatt erzeugt werden, mit der bis zu 250 Haushalte versorgt werden können.

Unter diesen Umständen stellt sich die Bewässerungslandwirtschaft nicht nur in dieser Region immer weiter in Frage. Das Verbot, weiter Brunnen zu graben, hat Akzeptanzprobleme, da gleichzeitig Wasser aus Staudämmen der Region in einem fast 300 Kilometer langen Kanalsystem bis an die aride Küstenregion Murcia transportiert wird, um dort die Landwirtschaft mit Zitrusfrüchten zu ermöglichen.

Der Klimawandel birgt somit auch politischen Sprengstoff. Seit Jahren prägt der Streit um das Wasser die Wahlkämpfe in den Regionen Kastilien-La Mancha und Murcia. In Kastilien-La Mancha fordert die Bevölkerung schon lange ein Ende des Wassertransports bis zum Jahr 2015. Das Ende des Wasserflusses aus dem Hinterland würde das Ende der Landwirtschaft in Murcia und in der Region Valencia bedeuten, sagen die Landwirte dort.

Auch in anderen Regionen entscheidet der Kampf ums Wasser Wahlen. In Katalonien war 2003 der Bau einer Kanalanlage vom Ebro-Strom bis in die Region Valencia ein entscheidendes Wahlkampfthema. Die bürgerlichen Nationalisten hatten dem Projekt der Madrider Zentralregierung zugestimmt und verloren ihre Mehrheit. Das Projekt trug 2004 auch zur Niederlage der Volkspartei bei den spanischen Parlamentswahlen bei. Die bereits jetzt bestehenden Verteilungskämpfe um das knappe Gut werden als Konsequenz des Klimawandels zunehmen.

STRATEGIEN GEGEN TREIBHAUSGASE UND KLIMAWANDEL

Stromerzeugung

In den Wintermonaten stammen inzwischen mehr als 50 Prozent des in Spanien verbrauchten Stroms aus

Erneuerbaren Energiequellen. Im Jahresdurchschnitt machen diese dem zentralen Stromnetzbetreiber REE zufolge rund 35 Prozent des Stromverbrauchs aus. Das entspricht rund zehn Prozent des Gesamtenergieverbrauchs. Das Ziel der spanischen Regierung, bis 2012 zwölf Prozent des Energiebedarfs aus Erneuerbaren Energiequellen zu decken, dürfte damit erfüllt werden.

Die Wasserkraft steuert saisonabhängig bis zu 20 Prozent der Stromerzeugung bei. Fast genauso hoch liegen die Anteile jeweils bei den Windkraftwerken, den Gaskraftwerken und der Kernenergie. Die Kohlekraftwerke produzieren weniger als zehn Prozent des spanischen Stroms und werden subventioniert.

Die Solarenergie hat trotz ihres großen Potentials einen Anteil von weniger als drei Prozent, obwohl die installierte Leistung der Photovoltaik mit inzwischen 4.200 Megawatt fast einhundert Mal über dem Wert von 2005 liegt. Die Einspeisevergütung soll demnächst gekürzt werden. Herauszustreichen ist bei der Sonnenkraft in Spanien die thermische Solarenergie, die im Gegensatz zur Photovoltaik nachts Energie auch speichern kann, und die in deutsch-spanischer Zusammenarbeit in der Forschungsstation Solarplattform Almería entscheidend fortentwickelt worden ist. Von dieser Technologie sind bereits rund 500 Megawatt installiert, der Anteil soll sich innerhalb weniger Jahre verdoppeln.

Die Kernkraftwerke werden in Spanien unterdessen zumindest nicht so schnell abgeschaltet, wie noch vor wenigen Jahren beabsichtigt. Die Laufzeitbeschränkung auf 40 Jahre ist jüngst aufgehoben worden. Eine Lösung für die Lagerung alter Brennelemente ist noch nicht gefunden. Spaniens Regierung stößt bei der Suche nach Standorten für ein vorläufiges Zwischenlager in den Regionen auf großen Widerstand. Kontrovers wird diskutiert, ob Grundlastkraftwerke wie die KKW die Entwicklung von Erneuerbaren Energiequellen behindern. Bereits jetzt müssen Windkraftwerke nachts bei niedrigem Strombedarf vom Netz genommen werden.

Energieeffizienz

Während die Entwicklung in der Stromerzeugung als positiv bewertet werden kann, gilt dies nicht für die Einführung von effektiven Effizienzreizen. Erst mit der harten Wirtschaftskrise hat auch der Verbrauch zu sinken begonnen.

Unter dem Druck steigender Ölpreise zu Beginn 2011 hat Spaniens Regierung schnelle Maßnahmen mit dem Ziel von Energieeinsparungen in Kraft gesetzt: Das Tempolimit auf Autobahnen wurde von 120 auf 110

km/h herabgesetzt, in geschlossenen Ortschaften soll auf Straßen mit einer Spur pro Fahrtrichtung nur noch mit 30 km/h gefahren werden dürfen. Die Regierung erhofft sich davon eine Reduzierung des Verbrauchs im Straßenverkehr von fünf Prozent, die Opposition bezweifelt diese Schätzungen.

Auch andere Klimaschutzmaßnahmen wurden erst spät eingeführt. Erst im März 2006 trat ein neues Baugesetz in Kraft, das erstmals auch Maßnahmen wie eine effizientere Wärmedämmung oder sogar thermische Solaranlagen zur Erhitzung von sanitärem Wasser in Wohngebäuden vorschreibt. Doch auch mit dem neuen Gesetz sind Neubauten von den modernen Standards für Niedrigenergie- oder sogar Passivhäusern weit entfernt.

Durch die späte Verabschiedung betrifft das neue Gesetz zudem den Großteil der während des beispiellosen Baubooms der bis 2008 errichteten Gebäude nicht, da deren Bauanträge noch vor dessen Inkrafttreten gestellt worden waren. Zudem lässt das neue Gesetz ältere Gebäude völlig außer Acht. Für energiesparende Maßnahmen an bereits errichteten Gebäuden gibt es Fördermittel und steuerliche Begünstigungen, deren Umfang jedoch auch von der Haushaltslage in den betreffenden Regionen abhängig ist. Für Bürogebäude wurde die Klimatisierung beschränkt. Im Winter darf die Temperatur nicht über 21 Grad, im Sommer nicht unter 26 Grad liegen.

Verkehr

Der Personen- und Güterverkehr ist die wichtigste Emissionsquelle für Treibhausgase. Er wird für ein Viertel der in Spanien erzeugten Treibhausgase verantwortlich gemacht, zwischen 1990 und 2006 haben die Emissionen aus diesem Bereich in Spanien um fast 90 Prozent zugenommen⁴. Dennoch wird über eine Reduzierung des Verkehrs in den Zentren der Großstädte erst diskutiert, seit eine EU-Verordnung über Stickstoffoxide zu Beginn des Jahres 2011 verbindlich in Kraft ist und auch Strafen für Verstöße vorsieht. Gegenwärtig lehnen die Kommunen Einschränkungen ab, es gibt weder eine selektive Zugangsbeschränkung für die Innenstädte je nach der Emissionsklasse der Fahrzeuge nach deutschem Vorbild noch generelle Einschränkungen wie in italienischen oder britischen Großstädten.

Die Kommunen Madrid und Barcelona haben allerdings beachtliche Anstrengungen in der Ausweitung ihrer U-Bahn-Netze unternommen. Der Gütertransport

mit der Bahn fristet in Spanien mit einem Anteil am gesamten Güterverkehr von unter drei Prozent ein Schattendasein.

Dagegen konnte Spanien einige Schritte zur Entwicklung des „effizienten Personenverkehrs“ machen, wie sie die Regierung 2007 ankündigt hatte. Neue Hochgeschwindigkeitsstrecken der Metropole Madrid mit Barcelona, Málaga oder Valencia waren jedoch schon von der Vorgängerregierung Aznar angestoßen worden. Eine schnellere Anbindung der drei baskischen Provinzen an das Madrider Zentrum kann der Regierung Zapatero hingegen als eigene Leistung zugeschrieben werden, wobei hier die Bauarbeiten noch nicht beendet sind. Ob eine bereits in Bau befindliche neue Hochgeschwindigkeitsstrecke zwischen Madrid und dem Nordwesten Spaniens in den nächsten Jahren fertiggestellt wird, ist angesichts der Haushaltsschwierigkeiten offen.

Spanien hat zudem einen ehrgeizigen Plan zur Förderung des Elektroautos mit einem Finanzierungsumfang von 590 Millionen Euro eingeleitet. Damit möchte die Regierung bis 2014 250.000 Elektroautos auf die spanischen Straßen bringen.

Bei allen angekündigten Investitionen im Thema Verkehr ist mit der Wirtschaftskrise inzwischen die Finanzierung fraglich. So sind große Zweifel angebracht, ob die im Klimabericht der spanischen Regierung angestrebte nennenswerte Reduzierung der CO₂-Emissionen durch den Verkehr tatsächlich erreicht werden kann.

ZUSAMMENFASSUNG, AUSBLICK, POLITISCHE KONSEQUENZEN

Spanien hat die in Kyoto formulierten Ziele zu lange Zeit ignoriert. Insbesondere die Aznar-Regierung hat es versäumt, rechtzeitig die Weichen für ein klimapolitisch verträgliches Wachstum zu stellen. Klima- und Umweltpolitik wurden von ihr als Hemmschuh für das Wachstum interpretiert. Die Nachfolgeregierung Zapatero hat in ihrer ersten Legislaturperiode (2004 bis 2008) zwar einen umfassenden Klimabericht mit einer treffenden Analyse der Folgen des Klimawandels vorgelegt, doch zu wenig konkrete Schritte zur Reduzierung der Emissionen gemacht. In der zweiten Legislaturperiode Zapateros steht nun ganz klar die Bewältigung der Wirtschaftskrise im Vordergrund.

Der Volkspartei fehlen ernsthafte Alternativen. Sie erkennt nach anfänglichem Zögern zwar den Klimawandel infolge der Treibhausgase an, verweigert sich aber den Forderungen, Emissionen durch wirksame Maßnahmen einzuschränken. Mit ihrer Zustimmung

4 | European Environment Agency, *Transport at a crossroad*, 2009.

zur Einschränkung des Personen- oder Güterverkehrs auf den Straßen oder gar zu einer am Klimaschutz orientierten Besteuerung fossiler Brennstoffe wäre nicht zu rechnen.

Es ist daher zu befürchten, dass bei einem Anziehen der Konjunktur auch die spanischen CO₂-Emissionen wieder steigen werden. Eine am Klimaschutz orientierte Wirtschaftspolitik ist – mit Ausnahme der Förderung Erneuerbarer Energiequellen und der damit verbundenen guten Positionierung spanischer Firmen auf dem internationalen Markt – nicht zu erkennen. Die Sicherheitspolitik oder auch Einwanderungspolitik wird in Spanien schon gar nicht als Teil der Klimapolitik bewertet, obwohl gerade Spanien zuletzt einem hohen Migrationsdruck aus den Dürregebieten Afrikas ausgesetzt war. Im Gegensatz dazu wird eine am Klimaschutz orientierte Entwicklungspolitik im Rahmen der

VN-Klimaschutzabkommen als Möglichkeit gesehen, die eigenen Verfehlungen bei den Emissionszielen auszugleichen.

Zwar räumt auch die Mehrheit der Spanier angesichts der erdrückend hohen Arbeitslosenquote der wirtschaftlichen Entwicklung Vorrang vor dem Klimaschutz ein. Doch hat sich unter der Leitung des ehemaligen Greenpeace-Vorsitzenden Juan López de Uralde inzwischen mit Equo auch eine neue grüne Partei gebildet. In der Vergangenheit sind zwar schon mehrere ähnliche Projekte gescheitert. Aber aufgrund der Entwicklung der politischen Prioritäten der großen Volksparteien und der gleichzeitig geringen Attraktivität der Postkommunisten für umweltbewusste bürgerliche Wähler räumen politische Beobachter dem neuen Projekt gute Chancen bei den nächsten Parlamentswahlen ein – als politische Folge des Klimawandels in Spanien.

TSCHECHISCHE REPUBLIK

Hubert Gehring | Alena Falathova

KLIMAPOLITIK EIN THEMA ZWEITER KLASSE

Die Klimapolitik ist in der Tschechischen Republik ein Thema, das sich in dem öffentlichen sowie politischen Diskurs erst noch durchkämpfen muss. Die größten Bedrohungen unserer Zeit sehen Bürger und politische Repräsentanten in Tschechien in anderen Bereichen. Laut einer Europabarometer-Umfrage zur Einstellung zum Klimawandel¹ erwecken bei Tschechen die größten Besorgnisse der globale ökonomische Abschwung, der Mangel an Wasser und Lebensmitteln sowie die Verbreitung von Krankheiten. Der Klimawandel wird erst als viertwichtigstes globales Problem eingestuft. Dennoch wünscht sich eine große Mehrheit, dass sowohl die Regierung als auch die kommunalen Institutionen und besonders die Unternehmen mehr für den Klimaschutz leisten sollten. Auch ein gemeinsames Vorgehen der EU befürworten 67 Prozent und wünschen sich, dass die Gemeinschaft mehr Geld für den Umweltschutz (75 Prozent) bereitstellt. Dass man selbst nicht genügend gegen den Klimawandel tut, geben 64 Prozent der tschechischen Befragten an und votieren damit ähnlich wie der Rest

Europas. Die mäßige Bereitschaft, sich persönlich für den Klimaschutz einzusetzen, zeigt sich vor allem an der geringen finanziellen Beteiligung hinsichtlich der Investition in Erneuerbare Energien und Energieeinsparung, aber auch an der geringen Anzahl ehrenamtlicher Aktivitäten im Klimaschutzbereich.

Das könnte unter anderem damit zusammenhängen, dass die tschechischen Bürger zu den Europäern gehören, die sich nicht ausreichend genug über Umweltthemen informiert fühlen.² Die tschechische Presseberichterstattung zum Klimawandel behandelt Umweltthemen sehr oberflächlich. Nur im Zusammenhang mit einem gemeinsamen Vorgehen von EU oder VN wird dem Thema größere Aufmerksamkeit gewidmet. Im nationalen Kontext berichten die Medien hinsichtlich des Klimawandels vor allem über die Energiepolitik und die Erneuerbaren Energien. Kennzeichnend für die Debatte in den Medien sind die polemischen Einwände, ob es den Klimawandel überhaupt gibt und ob der Mensch überhaupt darauf Einfluss nehmen kann. Der Klima-Experte Petr Patočka vom tschechischen Think Tank Glopolis sieht den Grund dafür in den mangelnden Kenntnissen der tschechischen Journalisten über den Klimawandel.

1 | „Europeans attitude towards climate change“, *Europabarometer-Spezial*, Nr. 322 (2009), http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_322_en.pdf [02.09.2011].

2 | „Einstellungen der Europäischen Bürger zur Umwelt“, *Europabarometer-Spezial*, Nr. 295 (2008), http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_295_de.pdf [02.09.2011].

Dadurch leide die Berichterstattung, die sich auf der ideologischen und nicht der praktischen Ebene bewege. Bedeutend ist auch die Rolle des Präsidenten Václav Klaus, dem wohl bekanntesten Kritiker des Klimawandels in Tschechien. Er vertritt dabei die These, dass der Klimawandel ein natürlicher Prozess sei, den der Mensch nicht verursacht habe und auf den man auch keinen Einfluss ausüben könne. Die „grünen Dogmen der Klimapolitik“ bezeichnet Klaus als eine der teuersten und am wenigsten demokratischen politischen Entscheidungen unserer Zeit. Der traditionelle Gegenspieler von Präsident Klaus, die Grüne Partei mit ihrem ehemaligen Vorsitzenden und Ex-Umweltminister Martin Bursík, konnte bei den Parlamentswahlen 2010 mit 2,44 Prozent nicht die Fünf-Prozent-Hürde erreichen und ist nicht mehr im Parlament vertreten. Mit dem Scheitern der Grünen Partei ist die Thematik des Klimawandels sowohl im öffentlichen als auch im politischen Diskurs kaum mehr vorhanden.

Dabei gibt es durchaus auch tschechische wissenschaftliche Studien, die den Klimawandel in der Tschechischen Republik bestätigen. Das Tschechische Hydrometeorologische Institut (HMI), gleichzeitig Sekretariat des Nationalen Klimaprogramms der Tschechischen Republik, beobachtete in den letzten Jahrzehnten folgende Prozesse³: Die maximalen, minimalen sowie durchschnittlichen Temperaturen sind zwischen den Jahren 1961 und 2000 gestiegen. Insgesamt wird es somit auch in Tschechien immer wärmer. Gleichzeitig tendiert das Wetter immer mehr zu Extremen. Folgen des Klimawandels kann man in der Landwirtschaft sowie im Forstwesen beobachten. Das HMI registriert kontinuierlich die Auswirkungen des Klimawandels in der Tschechischen Republik und veröffentlicht regelmäßig Studien. Bis zum Jahr 2050 wird sich nach dem Modell des HMI die Durchschnittstemperatur um 0,9 bis 3,0 Grad Celsius erhöhen, die maximalen und minimalen Temperaturen werden weiter steigen bzw. sinken, das Wetter wird extremer werden und die Niederschläge werden um 0,2 bis 0,6 Prozent pro Jahr sinken.

Auch das tschechische Umweltministerium führt Studien zum Klimawandel durch und veröffentlicht jährlich einen Bericht über den Zustand der Umwelt, der den Einfluss von externen Faktoren wie z.B. der Wirtschaft auf die Umwelt analysiert. In der letzten Legislaturperiode initiierte das Umweltministerium eine neue Studie, die die bisher bekannten Folgen des Klimawandels präzisieren soll. Die Studie wird in

Zusammenarbeit mit den führenden tschechischen akademischen Instituten⁴ durchgeführt. Die neuen Daten aus den Sektoren Wasserwirtschaft, Landwirtschaft und Forstwesen sollen 2011 bekannt gegeben werden. Die tschechischen Expertenkreise setzen sich also durchaus aktiv mit der Problematik des Klimawandels auseinander. Dennoch ist der Weg von Studienergebnissen zu konkreten Maßnahmen der Politik kompliziert und stößt vor allem auf politische und ideologische Hindernisse.

Zurzeit wird Klimapolitik von keiner Parlamentspartei aktiv betrieben. In der aktuellen Regierung Nečas fallen die für die Klimapolitik wichtigen Ressorts wie Umweltministerium, Wirtschaftsministerium und Landwirtschaftsministerium in die Kompetenz der Bürgerpartei (ODS), die in diesem Bereich stark durch ihren Begründer Václav Klaus geprägt und somit klimaskeptisch ist. Vor allem im Umweltministerium, welches vorher von den Grünen geführt wurde, kam es mit der neuen Regierung zu einem raschen Politikwechsel. Umweltminister Drobil (ODS) kündigte bei seinem Amtsantritt an, dass er das Umweltministerium „entideologisieren“ wolle. Auch der neue Umweltminister Chalupa, der nach dem Rücktritt von Drobil das Amt übernahm, hat eine ähnliche Einstellung. Die Abteilung für Klimapolitik wurde aufgelöst und die Agenda zwischen dem Referat für Erneuerbare Energien und dem Referat für Klimawandel und Luftschutz aufgeteilt. Die ehemalige Vize-Umweltministerin Rut Bízková (ODS) meint dazu, die Klimapolitik bleibe immer noch eine der Prioritäten des Umweltministeriums, doch die Hauptpriorität sei die Verbesserung der Luftqualität, die eine größere Sorge für die tschechischen Bürger darstelle.⁵ Durch solche Äußerungen wird deutlich, dass es an einer Definition, was Klimaschutzpolitik bedeutet bzw. beinhaltet, in Tschechien offensichtlich noch fehlt. Das Schicksal einer von Bursík angegangenen komplexeren und integralen Definition von Klimaschutzpolitik, welche verschiedene Themenbereiche wie z.B. die Frage der Emissionen, Energetik, Adaptation und Mitigation in der Landwirtschaft, aber auch das staatliche Finanzsystem betrifft, ist ungewiss. Nach diesem Entwurf sollten die Treibhausgas-Emissionen zwischen den Jahren 2005 und 2020 um 20 Prozent reduziert werden (also um 40 Prozent im Vergleich zum Jahre 1990) – viel mehr,

3 | Jan Pretel, „Präsentation von HMI: Klimawandelübersicht“, 2007, http://old.chmi.cz/OS/metspol/prednasky/Pretel_klimaticka_zmena.pdf [02.09.2011].

4 | Mathematisch-physikalische Fakultät der Karls-Universität, T.G.Masaryka Forschungsinstitut für Wasserwirtschaft, Institut für systematische Biologie und Ökologie AV ČR, Forschungsinstitut für pflanzliche Produktion und HMI.

5 | Martina Surá, „Bízková vyměnila náměstky a zrušila Bursíkovu sekci pro klima.“, 2010, http://zpravy.idnes.cz/bizkova-vymenila-namestky-a-zrusila-bursikovu-sekci-pro-klima-p7q-/domaci.asp?c=A100420_134455_domaci_taj [02.09.2011].

als die aktuellen internationalen Verpflichtungen der Tschechischen Republik vorsehen. Diese Konzeption wurde aber bis dato nicht beschlossen und wird von der jetzigen Regierung auch nicht beschlossen werden. Obwohl es damit auch weiterhin keine integrale Klimaschutzpolitik geben wird, sind verschiedene Aspekte in verschiedenen Ressorts integriert. An erster Stelle steht die Energiepolitik, weiterhin auch die Agrarpolitik, die Verkehrspolitik, die Wirtschaftspolitik und die Außen- und Entwicklungspolitik.

Die Erneuerbaren Energien, die Senkung von Treibhausgas-Emissionen und die Energieeffektivität sind die Hauptelemente, die innerhalb der Energiepolitik die Klimapolitik reflektieren. Die Tschechische Republik richtet sich dabei nach der EU-Strategie 20-20-20. Sie beteiligt sich an der Erfüllung der gesamteuropäischen Ziele. Dabei soll bis zum Jahre 2020 der Anteil der Erneuerbaren Energien 13 Prozent ausmachen. Zurzeit sind es acht Prozent, die vor allem aus Wasserkraftwerken, Biomasse und Biogas resultieren. Dank der reichlichen staatlichen Unterstützung der Solarenergie erlebte dieser Sektor in den letzten Jahren einen Boom. 2010 hat jedoch die Regierung festgestellt, dass diese Entwicklung zu einer massiven Steigerung der Energiepreise führen wird. Deswegen wurde eine Steuer auf die Solarenergie erhoben. Zahlreiche Investoren wollen deswegen internationale Schiedsverfahren mit der Tschechischen Republik führen, was weitere zusätzliche Kosten für den Staat bedeuten kann. Dieses Problem verschlechterte das Image der Solarenergie in der tschechischen Öffentlichkeit sehr.

Bei der Senkung von Emissionen ist die Tschechische Republik erfolgreich. Seit 1990 sind die Emissionen um 27,5 Prozent gesunken. Das entspricht einem doppelt so hohen Anteil wie in der EU27 und übersteigt außerdem das Ziel des Kyoto-Protokolls um acht Prozent. Dieser Effekt ist vor allem der Restrukturierung der Tschechischen Wirtschaft nach der Wende zu verdanken. Auch die Energieeffektivität steigt in der Tschechischen Republik schneller als in den Ländern der Internationalen Energieagentur. Jedoch muss bei einer Wertung dieser Erfolge berücksichtigt werden, dass sowohl bei den Emissionen als auch bei der Energieeffektivität die Verbesserung gegenüber viel schlechteren Anfangswerten als bei den „alten“ EU-Mitgliedsländern gemessen wird.

Ende 2011 soll eine Revision der tschechischen Strategischen Energiekonzeption veröffentlicht werden. Diese wird die Entwicklung des energetischen Mixes in der Tschechischen Republik bestimmen. Vom heutigen Stand aus ist zu erwarten, dass die tschechische Regierung eher Richtung Atomenergie und der einheimischen Ressourcen gehen wird. Im

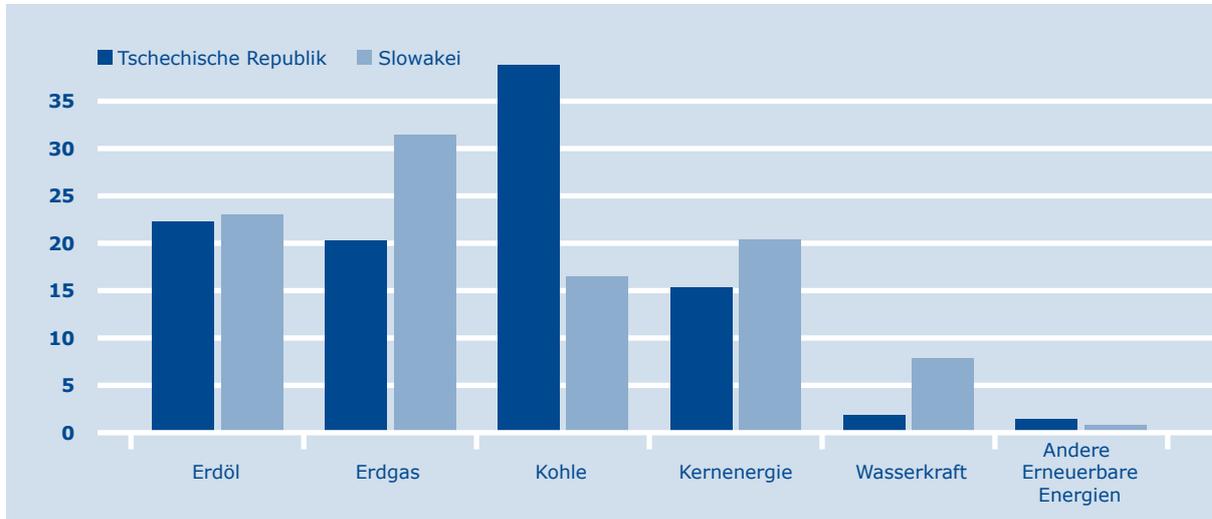
Zusammenhang mit der Energiethematik wird in Expertenkreisen sowie in den Medien oft Bezug auf die deutsche Energiepolitik genommen. Deutschland wird dabei zwar als Vorreiter bei der Entwicklung von Erneuerbaren Energien dargestellt, jedoch wird dies nicht als ein Modell für die Tschechische Republik gesehen, hier wird der Fokus auf Atomenergie und Kohle gelegt. Unter anderem aus diesem Grund führte die Entscheidung Deutschlands zum Atomausstieg in Tschechien zu einer intensiven Debatte. Die tschechischen Politiker sowie die meisten Experten fürchten die Folgen für die tschechische Wirtschaft und für die Bürger. Premierminister Nečas verkündete bei einem offiziellen Besuch in Sachsen, dass die Energiepreise in Tschechien aufgrund des Atomausstieges Deutschlands aller Voraussicht nach um 30 Prozent steigen werden. Dies hätte Folgen vor allem für die Konkurrenzfähigkeit der tschechischen Industrie. Die Folgen für die Tschechische Republik fürchten auch einige Kommentatoren. Daniel Kaiser von der tschechischen Zeitung *Lidové noviny* konstatiert, „dass Deutschland immer, im Guten sowie Schlechten, ein zu starkes Epizentrum war, von dem sich kleine Objekte in seiner unmittelbaren Nähe, wie z.B. die tschechische Gesellschaft, nie ganz emanzipieren konnten“. Auch Präsident Václav Klaus positioniert sich gegenüber dem deutschen Atomausstieg sehr skeptisch. Er halte es für einen unvernünftigen und populistischen Schritt, der eine gewisse politische Ratlosigkeit zeige. Erste konkrete Reaktionen auf den deutschen Atomausstieg kommen laut der Zeitung *Hospodářské noviny* auch aus der Wirtschaft. Die tschechische Energiefirma ČEZ soll offenbar wegen der unsicheren Entwicklung in Deutschland seine geplante Elf-Milliarden-Kronen-Investition (ca. 400 Millionen Euro) in der Bundesrepublik in ein Braunkohlekraftwerk stoppen.

Neben dem Atomausstieg Deutschlands stellt offenbar auch das „Übermaß“ an deutscher Energie aus den Windrädern im Norden eine große Herausforderung für tschechische Netzwerke und Transformatoren dar. Konsens mit Deutschland herrscht dagegen in der Einschätzung einiger Aspekte einer gemeinsamen europäischen Energiepolitik – vor allem um gegenüber Russland bestimmter auftreten zu können.

In der Agrarpolitik wird die Klimathematik vor allem im Zusammenhang mit den Adaptations- und Mitigationsmaßnahmen behandelt. Dabei konzentriert man sich auf die Landschaftspflege und den Wasserhaushalt. Weiterhin ist die Produktion von Biomasse und Biobrennstoffen ein wichtiges Element der tschechischen Agrarpolitik. Die Bursík-Klimakonzeption rechnet mit einem massiven Aufschwung in der Energieschöpfung aus Biobrennstoffen.

VERGLEICH PRIMÄRENERGIEVERBRAUCH NACH BRENNSTOFFEN ZWISCHEN DER TSCHECHISCHEN REPUBLIK UND DER SLOWAKEI IM JAHR 2010

in Prozent vom Gesamtverbrauch



Quelle: BP Statistical Review of World Energy 2011

Die Thematik der Biobrennstoffe erscheint auch in der Verkehrspolitik. Hier konzentriert man sich vor allem auf die Erneuerbaren Treibstoffe und die Emissionen aus dem Transportbereich, die 13,2 Prozent der gesamten Treibhausgas-Emissionen in der Tschechischen Republik verursachen.⁶ Laut Gesetz muss Benzin 4,1 Prozent von Bioethanol und Nafta sechs Prozent von Bionafta beinhalten. Aufgrund der geographischen Lage der Tschechischen Republik gehören die Biobrennstoffe zu den wenigen Erneuerbaren Ressourcen, die im Lande produziert werden können. Sie finden eine breite Anwendung, unabhängig davon, dass es in der globalen Debatte immer mehr Stimmen gibt, die die Anwendung von Biobrennstoffen kritisieren.

In der internationalen Debatte zur Klimapolitik tritt die Tschechische Republik nicht als ein unabhängiger Akteur auf, sondern ist ein Teil der EU-Delegation und vertritt die Positionen der EU. Die Tschechische Republik kann bei der Formulierung der EU-Positionen in der Klimapolitik, im Rahmen von EU-internen Verhandlungsprozessen eine aktive Rolle spielen. Nach Meinung von Petr Patočka, Klimaexperte des Think Tank Glopolis, zählt die Tschechische Republik zu den gemäßigten Staaten, die mit einer an extremen Meinungen freien Kompromisslösung zufrieden sind.

6 | EEA, „Tracking progress towards Kyoto and 2020 targets in Europe“, 2010, <http://www.eea.europa.eu/publications/progress-towards-kyoto> [02.09.2011].

In Cancún unterstützte die Tschechische Republik die europäische Position, die einen neuen Vertrag forderte, an dem auch die Staaten des Kyoto-Protokolls teilnehmen sollten. Sie war auch bereit, einer Übergangsperiode von Kyoto zuzustimmen. Mit den Verhandlungen von Cancún war die tschechische Regierung zufrieden, weil es trotz der Schwere und Komplexität der Probleme zu einem Fortschritt gekommen ist und die Blockade von Kopenhagen nicht wiederholt wurde. Die Tschechische Republik beteiligt sich auch finanziell an den EU-Verpflichtungen gegenüber den Entwicklungsländern. Sie unterstützt z.B. das auf dem Kopenhagener Vertrag basierende Programm Fast Start Finance, welches die Mitigations- und Adaptationsmaßnahmen in den Entwicklungsländern fördert.

Insgesamt ist die Klimapolitik in Tschechien jedoch immer noch ein Thema zweiter Klasse. Die Politiker sowie die Bürger stehen dem Klimawandel skeptisch gegenüber. Ambitionierte politische Initiativen, vor allem für eine umfassende Konzeption der Klimapolitik, sind gegenwärtig nicht zu beobachten. Von den 2011 im Parlament vertretenen Parteien kümmert sich keine intensiv um Klimaschutzpolitik. Gleichzeitig kann aber ein Gegentrend in Form der Europäisierung der Tschechischen Klimapolitik verfolgt werden. Seien es die internationalen Klima-Verpflichtungen, die Energiepolitik oder die Entwicklungspolitik, die in Brüssel konzipierten und beschlossenen Maßnahmen zur Klimapolitik sind Vorreiter für die Tschechische Klimapolitik und ziehen diese mit.

SLOWAKEI

Hubert Gehring | Christoph Thanei

UMWELTSCHUTZ GENERELL KEIN WICHTIGES THEMA FÜR DIE SLOWAKISCHE ÖFFENTLICHKEIT

In der Slowakei ist der globale Klimawandel kein Thema, das von Politik, Medien und Öffentlichkeit intensiv wahrgenommen wird. Grundsätzlich genießen auch so gut wie alle anderen Umweltthemen nur minimale Aufmerksamkeit. Nicht zufällig hat es in der Slowakei bisher keine Grünen-Partei geschafft, sich soweit zu etablieren, dass sie in Meinungsumfragen auch nur annähernd an die Fünf-Prozent-Hürde für den Einzug in das Parlament herankommen könnte. Auch Bürgerinitiativen und NGOs mit ökologischen Zielsetzungen erreichen zumeist nur lokale Bedeutung (meist zur Bekämpfung von konkreten Bauvorhaben wie z.B. Mülldeponien) oder sie können so wie Greenpeace als in der Slowakei mit Abstand bekannteste Umweltschutzorganisation ihre Anliegen und Aktivitäten nur mit intensiver – auch personeller – Unterstützung aus dem Ausland (insbesondere Tschechien und Österreich) überhaupt einer breiteren Öffentlichkeit sichtbar machen.

Noch viel geringer als für kommunale, regionale oder zumindest inländische Umweltthemen ist das Interesse für globale Umweltthemen. Hier dürfte wohl auch die in der slowakischen Bevölkerung tief verwurzelte Einstellung, dass „kleine Länder wie die Slowakei sowieso keinen Einfluss“ hätten, eine zusätzliche Rolle spielen, die der eigenen Passivität eine als rational empfundene Begründung gibt.

Zumindest ansatzweise haben aber einzelne Medien wie die liberale Tageszeitung *Sme* in den vergangenen Jahren begonnen, Umweltthemen allmählich größeren Raum zu geben. Meist geht es dabei um lokale Konflikte und Bürgerinitiativen, doch davon ausgehend scheint auch ein größeres Interesse für globalere Zusammenhänge zu entstehen. Über große internationale Konferenzen wie Weltklimagipfel wurde zuletzt (gemessen an den Jahren bis kurz nach der Jahrtausendwende) bereits relativ ausführlich berichtet.

Doch auch die Europäische Kommission hat in den vergangenen Jahren mehrfach – zuletzt wieder im Februar 2011 – Kritik am mangelnden Engagement der slowakischen Exekutive und Legislative in Umweltfragen geübt. Wegen mehrerer Probleme, etwa unsachgemäßer Abfallentsorgung oder mangelnder Bürgerbeteiligung an Umweltverträglichkeitsprüfungen, wurden auch Verfahren gegen die Slowakische

Republik vor dem Europäischen Gerichtshof sowie seitens der EU-Kommission selbst eingeleitet.

Unmittelbar auf das Thema Klimawandel lenkte zuletzt wieder Greenpeace die öffentliche Aufmerksamkeit. Medienwirksamer Anlass war das am 15. Februar in Bratislava abgehaltene Jubiläumstreffen der vor 20 Jahren gegründeten Visegrad-Gruppe (Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei). Vor Beginn der Begrüßungszeremonie protestierten Aktivisten der Umweltschutzorganisation in den Masken der vier Premiers dagegen, dass nicht nur die Slowakei, sondern alle vier Visegrad-Staaten bei der Reduktion von umweltschädlichen Emissionen wenig Engagement zeigten. Alle vier Länder hätten in den vergangenen Jahren ihre Energieversorgung vor allem auf konventionelle statt Erneuerbare Energiequellen konzentriert. Nun sei es Zeit zum Umdenken, forderten die Aktivisten auf Transparenten.

POLITIK HAT „ANDERE SORGEN“

Kaum Impulse in Richtung Klimaschutz gab es bisher von Seiten der offiziellen Politik. Generell besteht der Eindruck, dass die slowakische Politik seit jeher „andere Sorgen“ als Umweltfragen im Vordergrund sah: Die Etablierung eines demokratischen Staates schien nach der Wende noch mindestens bis zur Parlamentswahl 1998 (Wahlsieg der bürgerlichen Opposition gegen die autokratischen Tendenzen der populistisch-nationalistischen Koalition des Staatsgründers Vladimír Mečiar) nicht völlig gesichert. Die Arbeitslosigkeit ist bis heute eine der höchsten Europas. Und etwa seit der Jahrtausendwende konzentriert sich die slowakische Politik vor allem auf den tatsächlich atemberaubenden wirtschaftlichen Aufholprozess der Slowakei gegenüber anderen Ländern der EU. Umweltfragen bilden dabei (noch) keine Priorität.

Im Regierungsprogramm der linksnationalistischen Koalitionsregierung unter dem sozialdemokratischen Premier Robert Fico (2006 bis 2010) kam das Thema Klima und Klimawandel gerade einmal mit einem einzigen Satz vor: „In Koordination mit den anderen EU-Ländern wird sich (die Regierung) an der Lösung der globalen Probleme Luftqualität, Schutz der Ozonschicht der Erde sowie Klimaveränderungen beteiligen und zugleich die Reduktion des Energieverbrauchs von Gebäuden und Einrichtungen sowie die Kontrolle der Technologien im Rahmen der Anwendung des Kyoto-Protokolls über die Reduktion von Treibhausgasen unterstützen.“ Dem Umweltschutz insgesamt wurden von den rund 60 Seiten des damaligen Regierungs-

programms gerade einmal knappe drei Seiten gewidmet, wobei allgemeine Lippenbekenntnisse überwogen und kaum konkrete Vorhaben genannt wurden.

Das offizielle Regierungsprogramm der seit Sommer 2010 regierenden Koalition aus vier Mitte-Rechts-Parteien (von denen drei dem christdemokratischen Lager zuzurechnen sind) widmet dem Thema Umwelt und Umweltschutz sogar noch weniger Raum als jenes der Vorgängerregierung (nämlich nur eine Seite von 54). Und das Thema Klimawandel kommt im Umweltkapitel gar nicht vor. Dafür wird aber der Klimawandel im Kapitel Außenpolitik bereits als erste von mehreren „globalen Herausforderungen“ (Titel der entsprechenden Zwischenüberschrift) aufgelistet, denen sich die Slowakei und die Welt stellen müssten. Sehr konkret wird aber auch diese Formulierung nicht: „Angesichts der schnellen Dynamik der Veränderungen im Sicherheitsumfeld wird die Regierung der Slowakischen Republik den globalen Herausforderungen, die direkte Auswirkungen auf die Slowakei haben können (Klimawandel, Armut, Trinkwasserversorgung, Migration, scheiternde Staaten, Cyber-Angriffe), erhöhte Aufmerksamkeit widmen. In diesen Fragen wird sie (die Regierung) sich aktiv in die politische Gestaltung von EU und NATO einbringen, damit deren Positionen auf der globalen Szene auch die langfristigen Interessen der Slowakei und ihrer Bürger widerspiegeln. Sie (wieder die Regierung) formuliert das durchschaubare und ausgewogene Interesse der Slowakei in der Frage des Klimawandels.“

POLITISCHER SKANDAL UM EMISSIONENHANDEL

In der Praxis ist aber von der „Klimapolitik“ der abgewählten linksnationalistischen Fico-Regierung nichts so intensiv öffentlich wahrgenommen worden wie ein jahrelang die Innenpolitik beherrschender Megaskandal um mutmaßlichen Betrug enormen Ausmaßes beim Handel mit Emissionszertifikaten zum Schaden des Staates. Bis zu 50 Millionen Euro könnte der Staat laut Medien-Enthüllungen dadurch verloren haben, dass Emissionsrechte weit unter dem internationalen Marktwert an eine dubiose Firma verhöckert wurden, über die sich vermutlich Günstlinge der mitregierenden Slowakischen Nationalpartei SNS bereichert haben dürften. Der Skandal und eine Reihe anderer Ungeheimheiten gipfelten schließlich sogar in der Auflösung des Umweltministeriums im Jahr 2010 durch den sozialdemokratischen Premier Fico. Die SNS hatte das Ministerium nämlich in den Jahren 2006 bis 2010 offensichtlich nicht so sehr zur Umweltpolitik, sondern vielmehr als willkommene Geldbeschaffungseinrichtung für sich selbst genutzt. Damit ist symbolhaft die gesamte slowakische Umweltpolitik der Korruption und dem Betrug zum Opfer gefallen.

In ihrer Signalwirkung nicht zu unterschätzen ist daher trotz der kärglichen Erwähnung von Umweltthemen im Programm der 2010 angetretenen neuen bürgerlichen Regierung, dass sie schon in der Koalitionsvereinbarung (in der Umweltthemen sonst nicht vorkamen) die unverzügliche Wiederherstellung eines eigenständigen Umweltministeriums (und zugleich die Erstellung transparenterer Regeln für die Vergabe von und den Handel mit Emissionszertifikaten) ankündigte. Dieser Schritt ist inzwischen auch tatsächlich erfolgt, allerdings braucht das wieder neu eingerichtete Ministerium offensichtlich noch etwas Zeit, die vorübergehende organisatorische Unterbrechung seiner Tätigkeit wieder auszugleichen. Zwar bereitet das neue Umweltministerium derzeit gerade ein umfassendes Naturschutzgesetz vor, darin soll es aber vor allem um Themen wie Trinkwasserversorgung und die Neuordnung der Naturschutzgebiete gehen.

Beim Thema Emissionen und Klimaschutz scheint in der Slowakei auch noch als Ruhekissen zu wirken, dass das Land (so wie auch andere neue EU-Mitglieder im Unterschied zu den meisten alten EU-Ländern) laut gemeinsamen Vorgaben seinen Ausstoß an CO₂ anders als die meisten alten EU-Länder derzeit noch nicht reduzieren muss, sondern bis 2020 gegenüber dem Maßstab des Jahres 1990 um 13 Prozent steigern darf. Das sei vor allem dank der Anstrengungen der Industrie machbar, hatte das alte Umweltministerium 2010 noch vor seiner Auflösung beschwichtigt. Lediglich der dramatische Anstieg an Emissionen durch den Straßenverkehr bereite gewisse Sorgen. Das neue Umweltministerium hingegen lud Anfang 2011 zu einem gemeinsamen Seminar mit inländischen Umweltschutzorganisationen und Umweltexperten aus Deutschland, in denen von diesen heftige Kritik am Fehlen nationaler Maßnahmen gegen die rasch ansteigende Ruß- und Feinstaubbelastung (hauptsächlich aus dem Verkehr) geäußert wurde. Offensichtlich ist das neue Ministerium also sehr offen für kritische Denkanstöße gerade auch aus Deutschland.

DEUTSCHE FIRMEN UND INTERESSEGRUPPEN ALS VORREITER

Insbesondere Initiativen zur Förderung alternativer Energiequellen kommen trotz langsamer legislativer Anpassungen an EU-Vorgaben bezeichnenderweise viel eher von ausländischen Firmen, insbesondere aus Deutschland und Österreich, sowie von deren Interessenvertretungen und den Auslandskammern dieser beiden Länder. Vor allem die Deutsch-Slowakische Industrie- und Handelskammer DSIIK, aber auch die Slowakisch-Österreichische Handelskammer und die Außenhandelsstelle der österreichischen Botschaft haben in den vergangenen Jahren eine Serie von

Veranstaltungen zum Thema Erneuerbare Energien organisiert und intensives Lobbying gegenüber der alten wie auch der neuen Regierung betrieben.

Hinter diesem Engagement steht auch das große Interesse deutscher und österreichischer Firmen am noch wenig entwickelten slowakischen Markt für Alternativenenergien, Wärmedämmung und Energiespar-Innovationen. Unternehmen aus Deutschland und Österreich bzw. ihre slowakischen Tochterfirmen sind in diesem Bereich auf dem slowakischen Markt sowohl den einheimischen Konkurrenten als auch jenen aus anderen EU-Ländern deutlich überlegen und profitieren daher auch am meisten davon, wenn die Slowakei den Sektor weiter ausbaut.

Gerade bei der Solarenergie, aber auch bei der Windkraft und bei anderen alternativen Energiequellen sind die für die Verwaltung des nationalen Stromnetzes verantwortliche Regulierungsbehörde SEPS und auch die Regierung selbst zuletzt wieder auf die Bremse gestiegen. (Zunächst die alte Regierung – aber auch die neue dürfte deren Linie in diesem Bereich fortsetzen.) 2010 wurden erst im Jahr zuvor gesetzlich verankerte Förderungsmaßnahmen zugunsten des

Ziels, bis 2020 den Anteil Erneuerbarer Energie von bisher weniger als sieben auf 14 Prozent zu erhöhen, wieder drastisch reduziert. Angesichts der Erfahrungen im Nachbarland Tschechien mit einem wahren Boom der Solarenergie befürchten nämlich die slowakischen Behörden auch in der Slowakei einen zu raschen und zu intensiven Ausbau. Die staatlichen Abnahmegarantien für Alternativenenergieen hätten auf diese Weise die Strompreise zu stark in die Höhe treiben und zugleich die Stabilität des Stromnetzes technisch überfordern können (vor allem durch die wetterbedingt stark schwankende Strom-Einspeisung).

Zusammengefasst kann gesagt werden, daß der Umweltschutz und besonders der Klimaschutz in der Slowakei bis heute nur eine marginale Rolle spielen. Das Bewusstsein für die Notwendigkeit nationaler als auch internationaler Umweltschutzmaßnahmen ist noch unterentwickelt. Besserung ist lediglich durch von der EU beschlossene Umweltverordnungen bzw. -maßnahmen in Sicht. Eine Weiterentwicklung des Umweltbewusstseins der Bevölkerung durch Kindergarten und Schule kann bislang noch nicht beobachtet werden.

UKRAINE

Nico Lange

Das Thema des Klimawandels nimmt in den politischen und gesellschaftlichen Debatten in der Ukraine auch im Jahr 2011 noch eine sehr randständige Position ein. Es ist Bestandteil weder der wesentlichen öffentlichen Diskussionen noch des Arbeitsprogramms der aktuellen Regierung, der geltenden Koalitionsvereinbarung oder der Parteiprogramme der bedeutendsten politischen Parteien des Landes.

Das Umweltbewusstsein bleibt in der Ukraine weiterhin nur schwach entwickelt. Das von Schwerindustrie, chemischen Anlagen und Atomenergie geprägte Wirtschaftssystem wird noch immer durch ein Verständnis des unbedingten technischen Fortschrittes und der Ausbeutung der natürlichen Ressourcen geprägt. Zwar äußern sich in Umfragen fast zwei Drittel der Ukrainer besorgt über die Folgen der globalen Erwärmung, stufen die Dringlichkeit dieses Problems jedoch sehr niedrig ein. Das Problem solle nach Auffassung der Ukrainer erst gelöst werden, wenn es tatsächlich auftritt. Die Berichterstattung

zum Problemfeld des Klimawandels in den ukrainischen Medien erfolgt sporadisch und oberflächlich, meist lediglich im Zusammenhang mit Berichten über Naturkatastrophen.

Im Jahr 1990 nahm die Ukraine den zehnten Platz in der Liste der größten Treibhausgas-Emittenten der Welt ein, hinter den USA, Japan, Deutschland, Kanada und anderen hochindustrialisierten Ländern. Bereits 1992 schloss sich die Ukraine der UNO-Rahmenkonvention zum Klimawandel an, die allerdings erst 1996 vom ukrainischen Parlament ratifiziert wurde. Im Rahmen des Kyoto-Protokolls gelten die Emissionen des Jahres 1990 für die Ukraine als Maßstab. Aufgrund des enormen Niedergangs der ukrainischen Industrie seit den neunziger Jahren bleiben die aktuellen Schadstoffausstöße weit unterhalb dieser Werte und es besteht kein Handlungsbedarf zur Reduzierung der Emissionen. Es entsteht das Paradox, dass die bestehenden ukrainischen Industrieanlagen nach vollkommen veralteten Umweltstandards arbeiten, gewaltige Luftverschmutzungen verursachen und in großem Umfang Treibhausgase ausstoßen, die Ukraine

jedoch durch Emissionshandel sogar noch erhebliche finanzielle Gewinne machen kann. Für die Ukraine eröffnet der Handel mit Emissionsquoten eine attraktive und relativ problemlose Einnahmequelle. Nach Einschätzungen von Experten kann der Quotenverkauf den schwer angeschlagenen ukrainischen Staatshaushalt jährlich um etwa 2,5 Milliarden US-Dollar aufbessern. Vor diesem Hintergrund ergreifen die Regierungen der Ukraine über die rhetorische Unterstützung des Kampfes gegen den Klimawandel hinaus keine Maßnahmen und halten Investitionen in diesem Bereich für nicht gerechtfertigt. Für die größten Emittenten ist das Zahlen von Strafen für die Umweltverschmutzung seit vielen Jahren erheblich billiger als die Umrüstung und technologische Erneuerung ihrer Industrieanlagen.

Im ukrainischen Energiesektor gibt es laut einem „Gesetz über den grünen Tarif“ nach dem Vorbild des deutschen Einspeisegesetzes seit 2009 erste Anreize zur Nutzung alternativer Energiequellen. Das undurchsichtige und korrumpierte System von hohen Wiederverkaufsgewinnen traditioneller Energieträger mit Verwicklungen in die politische Führung des Landes blockiert jedoch tief gehende Reformen im ukrainischen Energiesektor.

Die mediale Wahrnehmung der europäischen und internationalen Debatten zum Klimawandel hält sich in der Ukraine in sehr engen Grenzen. In den ukrainischen Medien, in Gesellschaft und Politik gelten diese Diskussionen vielfach als abgehoben und als „Luxusprobleme“ sehr reicher Staaten. Die deutsche Haltung, vor allem der Ausstieg aus der Atomenergie, werden in der ukrainischen Öffentlichkeit überwiegend als ökonomisch unsinnig und wegen der Abhängigkeit von russischem Gas als politisch gefährlich wahrgenommen.

Nach Einschätzung ukrainischer und internationaler Experten, die im Rahmen der Umsetzung des Kyoto-Protokolls das ukrainische Umweltministerium beraten, bleiben die unsystematische und unvollständige Bestandsaufnahme der Treibhausgas-Emissionen und das Fehlen einer eigenständigen ukrainischen Initiative zur Erarbeitung und Umsetzung von Projekten zur Emissionseindämmung mit europäischen und internationalen Partnern wesentliche Hindernisse für eine systematische Verbesserung der Situation.

Lediglich das Thema der Energieeffizienz gewinnt aktuell in der Ukraine schnell an Bedeutung. Die Ukraine gehört zu den größten Verschwendern von Energie auf der Welt, was durch langjährige Subventionierung der Energieträger aus Russland stark gefördert wurde. Die Ukraine erkennt zunehmend, dass

eine schnelle Steigerung der Energieeffizienz nicht nur wirtschaftlich sinnvoll ist, sondern vor allem eine politische und strategische Bedeutung hat. Sowohl die Bundesrepublik Deutschland als auch die Europäische Union sind auf dem Feld der effizienten Energienutzung in der technischen Zusammenarbeit aktiv.

Die Vertragsstaatenkonferenz der VN-Klimarahmenkonvention von Cancún erfuhr in der Ukraine keinerlei öffentliche Aufmerksamkeit. Die ukrainische Regierung nahm lediglich passiv teil und formulierte keinen erkennbaren Standpunkt. Die Ukraine zeigte kein erkennbares Interesse an der Lösung der klimapolitischen Probleme und suchte lediglich die eigenen finanziellen Interessen im Emissionshandel zu wahren.

Insgesamt bleibt die gesellschaftliche und politische Aufmerksamkeit für das Problem des Klimawandels in der Ukraine weit hinter anderen europäischen Staaten zurück. Vor dem Hintergrund der existenziellen finanziellen und wirtschaftlichen Herausforderungen, des schwach entwickelten Umweltbewusstseins der Bürger und der wenig diversifizierten und technologisch rückständigen ukrainischen Wirtschaft ist eine wachsende Bedeutung des Themas auch in absehbarer Zukunft nicht zu erwarten.

USA

Roman Sehling

ZWISCHEN KLIMASKEPSIS UND GREEN ECONOMY – OBAMAS VERSPRECHEN AN DIE WELT SIND NUR SCHWER EINZUHALTEN

Weite Teile der amerikanischen Bevölkerung zweifeln inzwischen wieder am Ausmaß des Klimawandels, an den diesbezüglichen Studien sowie an der finanziellen Angemessenheit der Gesetzesinitiativen der Klimaschützer. Daher sind mit den Zwischenwahlen im vergangenen Jahr über 40 erklärte Klimawandelskeptiker in den Kongress gewählt worden.¹ Bereits im Sommer 2010 musste Präsident Obama miterleben, wie seine Klimawandelinitiative vom Senat nicht verabschiedet wurde, nachdem das Abgeordnetenhaus im Dezember 2009 eine weitreichende Gesetzgebung (u.a. die Einführung des Emissionsrechtehandels) zunächst beschlossen hatte. Angesichts dieser innenpolitischen Hürde wurden die Erwartungen an den Cancún-Gipfel gering gehalten, wobei die Resultate dennoch als ein Teilerfolg gefeiert werden können. Mit dem Beschluss einer umfassenden Gesetzgebung durch den Kongress kann in nächster Zeit jedoch nicht mehr gerechnet werden. Daher wird die Obama-Administration versuchen, auf Umwegen ihr provisorisches Versprechen einer Emissionsreduktion von 17 Prozent des Niveaus bis 2020 zu erfüllen. Jedoch werden die Republikaner gerade angesichts knapper staatlicher Kassen nicht nur Subventionen kürzen, sondern setzen den Rotstift gerade bei der Behörde an, auf die Obama zählt, um seine Pläne noch zu verwirklichen: die Environmental Protection Agency (EPA) soll auf Basis des Clean Air Act von 1990 auch ohne ein *cap and trade*-Gesetz die Emissionen einschränken. Die wahrscheinlichen Präsidentschaftskandidaten nehmen die EPA ebenfalls unter Beschuss und distanzieren sich z.T. von ihrer persönlichen Erfolge im Bereich Klimawandel.

GLOBAL WARMING? ES SCHNEIT DOCH!

Auch wenn der ehemalige amerikanische Vizepräsident Al Gore im Jahr 2007 erst den Oscar und dann den Friedensnobelpreis für seine Bemühungen um die Wahrnehmung der Gefahren des Klimawandels erhalten hatte, konnte bei der amerikanischen Bevölkerung in den letzten zwölf Jahren keine erhöhte Akzeptanz verzeichnet werden. Das Gegenteil ist viel-

mehr der Fall: 1998 fanden 31 Prozent der Befragten, dass die Gefahr des Klimawandels übertrieben sei. 2011 dachten ganze 43 Prozent so.² Zwischenzeitlich konnte dieser Anstieg zwar unterbrochen werden, z.B. dachten 2006 wieder nur 30 Prozent der Befragten, dass die Klimawandelgefahr übertrieben sei. Jedoch hat sich das Blatt in den letzten fünf Jahren wieder drastisch gewendet: Z.B. liegt die Zahl der Befragten, die finden, dass der Klimawandelprozess bereits begonnen hat, 2011 wieder bei 49 Prozent, nachdem sie vor 13 Jahren bereits bei 48 Prozent lag. Im Jahr 2008 noch erreichte sie stufenweise einen Höchststand von 61 Prozent, war aber seitdem rapide gefallen. Parallel dazu stieg die Zahl derer, die meinen, dass Klimawandel niemals stattfinden würde, in den letzten fünf Jahren von acht auf 18 Prozent.

Eine mögliche Erklärung für diesen ausgeprägten Meinungswechsel in der Bevölkerung ist bei dem Climategate-Skandal Ende 2009 zu finden: die Vorwürfe von wissenschaftlichem Fehlverhalten, wie z.B. der Manipulierung von Daten, führten zu negativer Berichterstattung direkt im Vorfeld der VN-Konferenz in Kopenhagen.³ Im Jahr 2008 waren noch 65 Prozent der Befragten der Meinung, dass die Mehrheit der Wissenschaftler den Klimawandel als bewiesen akzeptiere. Im März 2010 glaubten dies nur noch 52 Prozent. Stattdessen gaben 36 Prozent an, dass sich die Mehrheit der Wissenschaftler darüber unsicher wäre, so das Gallup-Meinungsforschungsinstitut. Diese Entwicklung wurde nicht dadurch verbessert, dass die Winterstürme der letzten Jahre von klimawandelskeptischen Politikern gerne genutzt wurden, um Global Warming zu diskreditieren. Generell wird dieser Begriff von Republikanern gerne genutzt, da die Bevölkerung (und insbesondere Republikanische Wähler) die Gefahr von Global Warming geringer einschätzt als die Risiken von Climate Change.⁴

1 | David A. Fahrenthold, Juliet Eilperin, „GOP win dims prospects for climate bill, but Obama eyes Plan B ahead of U.N. talks“, *Washington Post*, 21.11.2010.

2 | Frank Newport, „Americans' Global Warming Concerns Continue to Drop“, Gallup Meinungsforschungsinstitut, <http://www.gallup.com/poll/126560/americans-global-warming-concerns-continue-drop.aspx> [11.03.2011]; Jeffrey Jones, „In U.S., Concerns About Global Warming Stable at Lower Levels“, Gallup Meinungsforschungsinstitut, <http://www.gallup.com/poll/146606/concerns-global-warming-stable-lower-levels.aspx> [14.03.2011].

3 | Roger Helmer, „Global warmists abandoned fact for fancy“, *Washington Times*, 25.08.2010; Sarah Palin, „Copenhagen's political science“, *Washington Post*, 09.12.2009.

4 | Joshua Hill, „More Americans Believe in Climate Change than in Global Warming“, Reuters, <http://www.reuters.com/article/2011/03/10/idUS337086819720110310> [10.03.2011].

WARNENDE STUDIEN GIBT ES GENUG

Dabei ist diese Entwicklung nicht das Resultat des Mangels an Studien. Im Gegenteil: Die amerikanische Regierung hat dank der Initiative von Präsident George H.W. Bush und mit Unterstützung des Kongresses bereits 1990 den Global Change Research Act beschlossen. Dieser sah vor, dass dreizehn Ministerien und Behörden bei dem umfassenden, integrierten und nationalen U.S. Global Change Research Program zusammenarbeiten, um die Nation und die Welt besser auf die globalen Veränderungen vorzubereiten. Über die vergangenen zwanzig Jahre stellte dieses Forschungsprogramm dabei die größte wissenschaftliche Investition im Bereich der Klimawandelforschung dar.⁵

Die letzte umfassende Studie aus dem Jahr 2009 macht dabei klar, dass die USA schon jetzt von den Auswirkungen bzw. Veränderungen des Klimas betroffen sind. Hier wurden u.a. die Zunahme von starken und plötzlich auftretenden Regenfällen, das Ansteigen des Meeresspiegels und der Temperatur, schmelzende Gletscher und Permafrostböden, verlängerte Wachstumsphasen, verlängerte eisfreie Phasen in den Ozeanen und anderen Gewässern, frühere Schneeschmelze und veränderte Flussläufe angeführt.⁶

Da diese Entwicklungen aber nur teilweise auf den vom Menschen bedingten Klimawandel zurückgeführt werden können, bleibt der Druck auf die Politiker in Anbetracht handfester sozialer Probleme wie der hohen Arbeitslosigkeit aus. Diese Entwicklung wird nicht dadurch verbessert, dass es in der Vergangenheit z.T. bereits deutlichen Zuspruch unter der Bevölkerung für den Schutz der Umwelt gab bzw. der Umweltschutz eine prioritäre Stellung gegenüber dem Wirtschaftswachstum einnahm (und dennoch wenig geschah).⁷ Abhilfe könnte vielleicht das konkrete Einzelschicksal der Eisbären schaffen, deren Lebensraum zunehmend beeinträchtigt wird und sich medienwirksam präsentieren lässt.⁸ In der Vergangenheit

wurde z.B. dem Schicksal des amerikanischen Wappentiers, dem Weißkopfseeadler, bereits deutliche Aufmerksamkeit geschenkt. Der Kongress erließ 1940 ein Gesetz zum Schutz des Nationalsymbols – Jahrzehnte vor dem ersten umfassenden Endangered Species Act von 1973.⁹

FROM ENERGY SECURITY...

Nach der Unterzeichnung des Kyoto-Protokolls durch Präsident Bill Clinton kam es zunächst nicht zu einer unmittelbaren Ratifizierung des Abkommens durch den US-Senat. Daraufhin weigerte sich sein Nachfolger Präsident George W. Bush zudem, den Kyoto-Prozess überhaupt weiter zu verfolgen. Dessen ungeachtet engagierte sich die Regierung Bush im Bereich der Energiesicherheit: Statt jedoch auf konkrete externe Einschränkungen zu setzen, konzentrierte sich seine Regierung auf die Förderung innovativer Technologien (wie *clean coal*), um mit Hilfe marktbasierter Anreizinstrumente so die notwendigen Impulse für die Entwicklung ressourcenschonender Technologien zu setzen. Für Präsident Bush ging es dabei in erster Linie nicht um effizientere Energienutzung im Sinne des Klimawandels, sondern vor allem um die Energieversorgungssicherheit.

Erst mit dem Verlust der Republikanischen Mehrheit im Kongress 2006 kam Hoffnung auf, dass sich die USA wieder aktiv den globalen Herausforderungen des Klimawandels stellen würden. So wurde z.B. mit dem Clean Energy Act im Jahr 2007 die Entwicklung alternativer Energiequellen forciert, indem Mittel aus Kürzungen von Steuervorteilen der Ölindustrie dafür eingesetzt wurden. Gleichzeitig wurden Maßnahmen zur effizienteren Energienutzung im Transportwesen unterstützt: So wurden z.B. Biokraftstoffe wie Ethanol als Benzinzusatz gefördert, um den Treibstoffbedarf innerhalb der nächsten zehn Jahre um 20 Prozent zu senken bzw. mit 132,5 Milliarden Litern Treibstoff aus Erneuerbaren Energiequellen zu ersetzen. Dabei sollte die Automobilindustrie auch angehalten werden, die Verbrauchswerte ihrer Fahrzeuge ab 2010 freiwillig

5 | U.S. Global Change Research Program (USGCRP), <http://www.globalchange.gov/about> [02.09.2011].

6 | „Global Climate Change Impacts in the United States“, U.S. Global Change Research Program (USGCRP), <http://www.globalchange.gov/publications/reports/scientific-assessments/us-impacts> [02.09.2011].

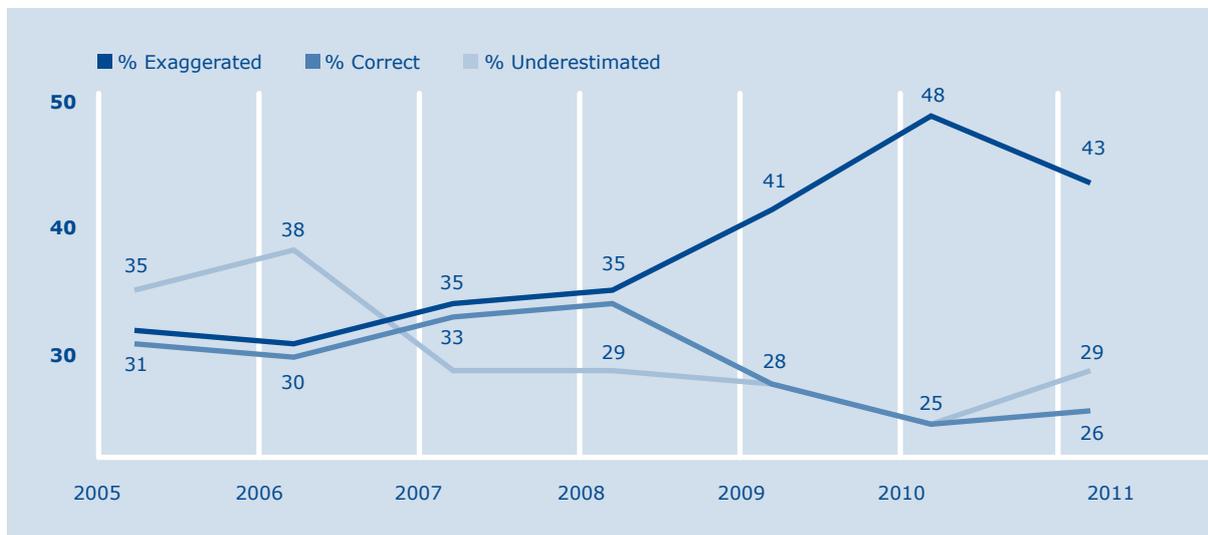
7 | Frank Newport, „Americans: Economy Takes Precedence Over Environment“, Gallup Meinungsforschungsinstitut, <http://www.gallup.com/poll/116962/Americans-Economy-Takes-Precedence-Environment.aspx> [02.09.2011].

8 | „Arctic Bears, The Melting Arctic's Impact on Its Ecosystem“, Public Broadcasting Service (PBS Fernsehkanal), <http://www.pbs.org/wnet/nature/episodes/arctic-bears/the-melting-arctics-impact-on-itsecosystem/780> [02.09.2011]; H. Sterling Burnett, „Polar bears on thin ice?“, *Washington Times*, 15.05.2006; Steven Milloy,

„Polar bear meltdown?“, *Washington Times*, 31. Dezember 2006; Jonathan Miles, „Saving the Toddy“, *New York Times*, 14.01.2007; John H. Broder und Andrew C. Revkin, „Warming May Wipe Out Most Polar Bears, Study Says“, *New York Times*, 08.09.2007; Audrey Hudson, „Bush recognizes threat to polar bears; Resists global warming policy“, *Washington Times*, 15. Mai 2008; „Hurray for polar bears; Growing population negates climate-change hysteria“, *Washington Times*, 23.08.2009; David A. Farenthold, „Do it for the polar bears!“, *Washington Post*, 22.11.2009.

9 | The Stanford Environmental Law Society, *The Endangered Species Act*, Stanford: Stanford University Press, 2001, S. 17.

THINKING ABOUT WHAT IS SAID IN THE NEWS, IN YOUR VIEW IS THE SERIOUSNESS OF GLOBAL WARMING GENERALLY EXAGGERATED, GENERALLY CORRECT, OR IS IT GENERALLY UNDERESTIMATED?



Quelle: Jeffrey Jones, „In U.S., Concerns About Global Warming Stable at Lower Levels“, Gallup Meinungsforschungsinstitut, <http://www.gallup.com/poll/146606/concerns-globalwarming-stable-lower-levels.aspx> [14.03.2011].

jährlich um vier Prozent zu verringern.¹⁰ In einer Vorausschau auf ähnliche Entwicklungen drei Jahre später schafften es jedoch eine Reihe an umfassenden Emissionsrechtehandel-Gesetzesinitiativen im Jahr 2007 nicht, die erforderliche Mehrheit von 60 Stimmen im Senat zu erhalten. Darüber hinaus wäre es sehr wahrscheinlich gewesen, dass die Gesetzgebung spätestens an Präsident Bushs Veto gescheitert wäre.¹¹

...TO GREEN ECONOMY

Präsident Obama hatte schon im Wahlkampf bedeutende Versprechen hinsichtlich einer Einführung von Emissionsgrenzen für klimaschädliche Treibhausgase gemacht und verpflichtete sich zudem im Dezember 2008, den amerikanischen Treibhausgasausstoß bis 2020 um 14 Prozent unter das Niveau von 2005 zu senken. Ein Jahr darauf versprach er im Vorfeld der Kopenhagen-Klimakonferenz sogar 17 Prozent.¹²

Diese Emissionsbegrenzung sollte über die amerikanische Energie- und Klimagesetzgebung erreicht werden, wobei der Präsident sich damals sehr optimistisch gab, dass ihm der Kongress dabei folgen würde. Obama hatte bereits im Februar 2009 als Teil eines Finanzpakets knapp 30 Milliarden US-Dollar bewilligt, um die Erneuerbarer Energiequellen innerhalb der kommenden drei Jahre zu verdoppeln, die Gebäude der Regierung und staatlichen Behörden energieeffizienter zu gestalten und bis 2015 eine Million Plug in Hybrids im Straßenverkehr im Einsatz zu sehen (momentan machen diese nur vier Prozent der rund zwölf Millionen jährlich verkauften PKWs aus).¹³ Damit sollte sowohl die Nachfrage als auch das Angebot an Erneuerbaren Energiequellen kurzfristig gefördert werden, bis die Wirtschaft den Platz des Staates mittelfristig größtenteils übernehmen würde.

Im Abgeordnetenhaus kam es im Sommer 2009 unter der Führung von Representative Henry Waxmann dann auch zur umfassenden Gesetzesinitiative American Clean Energy and Security Act (H.R. 2454). Letztere beinhaltet u.a. die von Obama versprochene Reduzierung von Treibhausgasen um 17 Prozent unter das Niveau von 2005 bis zum Jahre 2020 und um 80 Prozent bis 2050. Dies sollte mit der Einführung

10 | Jeff Tollefson, „Fuel efficiencies top Bush plans“, *CQ Weekly*, 27.01.2007; Keith Koffler, „Bush to seek 20 percent cut in U.S. gas usage by 2017“, *Congress Daily*, 23.01.2007.

11 | z.B. McCain-Lieberman „Climate Stewardship and Innovation Act of 2007“ und Lieberman-Warner „Climate Security Act of 2007“.

12 | White House, „Combating Climate Change at Home and Around the World“, <http://www.whitehouse.gov/blog/2009/11/25/combating-climate-change-home-and-around-world> [02.09.2011].

13 | American Recovery and Reinvestment Act, Department of Energy, <http://www.energy.gov/recovery> [02.09.2011]; Coral Davenport, „Baby steps“, *National Journal*, 12.02.2011, S. 16.

eines Emissionshandelssystems erzielt werden, wobei die Regierung zunächst 85 Prozent dieser Anrechte kostenfrei verteilen würde und erst später über Auktionen Mittel daraus erhalten sollte. Gleichzeitig sollten Energieversorgungsunternehmen gezwungen werden, bis 2020 20 Prozent ihrer Produktion durch energie-sparende Maßnahmen und Erneuerbare Energiequellen zu decken. Auch wurden staatliche Investitionen in innovative Technologien erhöht, um Energieeffizienz, Erneuerbare Energieträger, CO₂-Abscheidung und – Speicherung sowie ein modernes, nationales Smart Grid-Stromnetz voranzutreiben. Letzteres sollte dabei ermöglichen, die oft weit entfernten Erneuerbaren Energiequellen der Wind- und Solarkraft mit den Hybridfahrzeugen der Endverbraucher zu vernetzen.¹⁴ Parallel dazu konnte Präsident Obama die amerikanischen Automobilhersteller davon überzeugen, die durchschnittlichen Verbrauchswerte ihrer PKWs bis 2016 von 8,7 Liter pro 100 Kilometer auf 6,6 Liter zu verringern.¹⁵ Die Environmental Protection Agency hat im letzten Jahr daher neue Verbrauchsdurchschnittswerte für PKWs festgelegt. Damit sollen zukünftig täglich 270 Millionen Liter Treibstoff gespart werden, so dass die USA nach einer weiteren Anhebung der Richtlinie und den anderen Maßnahmen bis 2025 ein Drittel weniger Erdöl importieren müssen.¹⁶

JOBS, JOBS, JOBS ODER JOB KILLER?

Ein Jahr darauf musste Barack Obama jedoch eine herbe Niederlage einstecken, als klar wurde, dass es nicht zur Verabschiedung des Gesetzes im Senat kommen würde.¹⁷ Noch im Juni 2009, nach Verabschiedung der Klimawandelgesetzesvorlage im Abgeordnetenhaus, versprach Obama die Schaffung von Millionen neuer *green jobs*. So ermittelte der Pew Charitable Trust zum Beispiel, dass der *clean energy*-Sektor im Jahr 2007 rund 770.000 Arbeitsplätze in mehr als 68.000 Firmen geschaffen hatte.¹⁸ Dabei sprach er aber nicht an, dass existente Industriezweige, wie z.B. die Kohle-, Erdöl- und energieintensive herstellende Industrie, von den Veränderungen negativ betroffen werden würden. Diese befinden sich zudem in Regionen, die anderweitig schon von



Trotz der geringen Erfolge auf nationaler Ebene haben sich 22 Bundesstaaten zu einer Reduktion ihrer CO₂-Emissionen auf das Niveau von 1990 bzw. 2005 verpflichtet. So sind in Kalifornien bereits leistungsstarke Windparks am Netz.

wirtschaftlicher Stagnation betroffen waren, so Bryan Mignone von der Brookings Institution.¹⁹

Eine Studie, die von der National Black Chamber of Commerce in Auftrag gegeben wurde, prophezeite zum Beispiel, dass Benzinpreise bis 2015 zunächst um zwei Cents pro Liter und dann noch weiter steigen würden. Trotz eines Zuwachses an *green jobs* würde es aufgrund der Klimawandelgesetzgebung („Cap and Tax“) zu einem jährlichen Verlust von 2,3 bis 2,7 Millionen Arbeitsplätzen zwischen 2015 und 2030 kommen. Parallel dazu würden die Energiepreise zwischen 2020 und 2025 jährlich um vier bis fünf Prozent wachsen.²⁰ Davon abgesehen verweisen Gegner gerne auch auf die Probleme der Europäer, so z.B. den Mangel an ernst zu nehmenden Emissionsverringierungen auch trotz der Einführung des Emissionsrechtehandels in der Europäischen Union.²¹ Auch wird warnend darauf verwiesen, dass die Energiepreise in Europa nach der Einführung des Emissionsrechtehandels gestiegen sind, so Forscher des Energy Center of the Netherlands.²²

14 | Alan Greenblatt, „Confronting global warming“, *CQ Researcher*, 09.01.2009.

15 | Coral Davenport, „Automakers Having Second Thoughts on Fuel Standards“, *National Journal*, 10.02.2011.

16 | „Mr. Obama’s Energy Vision“, *New York Times*, 01.04.2011.

17 | Keine der Gesetzesinitiativen des Senats war so weit reichend wie die vom Abgeordnetenhaus verabschiedete Version H.R. 2454. Murrey Jacobson, „What Killed Obama’s Energy Bill Plans?“, *PBS Newshour*, 09.08.2010, http://www.pbs.org/newshour/updates/politics/july-dec10/energy_08-09.html [02.09.2011].

18 | Coral Davenport, „Baby steps“, *National Journal*, 12.02.2011, S. 16.

19 | Marcia Clemmit, „Energy and Climate“, *CQ Researcher*, 24.07.2009.

20 | David Montgomery et al., „Impact on the Economy of the American Clean Energy and Security Act of 2009 (H.R.2454)“, http://www.coloradomining.org/Content/Release_Pdf/CRA_Waxman-Markey__205-20-09_v8.pdf [02.09.2011].

21 | Marcia Clemmit, „Energy and Climate“, *CQ Researcher*, 24.07.2009.

22 | J. P. M. Sijm, S. J. Hers, W. Lise, B. J. H. W. Wetzelaer, „The Impact of the EU ETS on Electricity Prices: Final Report to the DG Environment of the European Commission“ (2008), Energy Center of the Netherlands Policy Studies, <http://www.ecn.nl/docs/library/report/2008/e08007.pdf> [02.09.2011].

EPA UND REGIONALE INITIATIVEN

Angesichts Präsident Obamas Priorisierung der sehr umstrittenen Krankenversicherungsreform, der anhaltend hohen Arbeitslosenzahlen und der schlechten Aussichten auf eine schnelle Erholung der Wirtschaft hat eine umfassende Klimawandelpolitik mit einer verpflichtenden Reduzierung von Treibhausgasen weder im Weißen Haus noch im Kapitol ausreichend politische Unterstützung gefunden. In Vorbereitung auf die nächste Phase des Wahlkampfes hat Barack Obama Anfang dieses Jahres deshalb seine Konsequenzen daraus gezogen und seine Ziele und Strategie den politischen Realitäten angepasst: In seiner State of the Union-Rede forderte der Präsident, dass die USA bis zum Jahr 2035 80 Prozent ihres Energiebedarfs durch kohlenstoffarme oder -neutrale Energiequellen wie Wind-, Solar- und geothermische Energie, aber auch durch Atomkraft, Erdgas und vor allem die noch nicht entwickelte Clean Coal Technology decken sollten. Um dies zu bewerkstelligen, hat der Präsident insgesamt acht Milliarden US-Dollar in seinem Haushaltsvorschlag für 2012 dafür eingeplant. Finanziert werden sollen diese Initiativen u.a. durch die Kürzung von Steuervorteilen der Öl- und Erdgasindustrie über die nächsten zehn Jahre und in Höhe von insgesamt 46,2 Milliarden US-Dollar.²³ Seine Beauftragte für Klimawandel gab ihren Rücktritt im Vorfeld der Rede bekannt. Ihre Position wurde nicht neu besetzt, dafür notwendige Budgetmittel wurden zudem gestrichen.²⁴

Parallel dazu versucht Obama, kurzfristig über die Environmental Protection Agency (EPA) die Treibhausgas-Emissionen einzuschränken. Bereits 2007 hat der Oberste Gerichtshof der USA der Behörde bestätigt, dass sie auf Basis des Clean Air Act das Recht hat, Emissionen von Treibhausgasen zu kontrollieren, wenn diese gesundheitsschädlich sind.²⁵ Während der Präsidentschaft George W. Bushs wurde von dieser Möglichkeit kein Gebrauch gemacht. Die Obama-Regierung sieht mittlerweile aber keine andere Möglichkeit mehr als diesen Weg zu gehen. Denn die Drohung, die CO₂-Emissionen über die EPA zu verringern, war ursprünglich ein Versuch, Druck auf den Kongress

auszuüben, um eine umfassende Gesetzesinitiative zu verabschieden.²⁶ Zunächst wird die EPA dieses Jahr anfangen, Regelwerte für Emissionen von Kohle- und Erdölwerkwerken sowie Erdölraffinerien vorzuschlagen, die dann in Zukunft von den Bundesstaaten kontrolliert werden würden. Beobachter bezweifeln allerdings, dass dieser „Plan B“ der Beschränkung von Treibhausgasen ausreichend ist, um die internationalen Zielstellungen zu erfüllen, so z.B. Richard Stavins von der Harvard University.²⁷

Während es auf nationaler Ebene nur bedingt zu Erfolgen bei der Einschränkung der Emissionen gekommen ist, bedeutet dies aber nicht zwangsläufig den Stillstand auf regionaler und lokaler Ebene. In 26 Bundesstaaten und dem District of Columbia wird bereits seit Jahren von den lokalen Elektrizitätswerken gefordert, dass ein Teil ihrer Produktion von Erneuerbaren Energiequellen kommt. 22 Bundesstaaten haben sich deshalb auch verpflichtet, innerhalb der nächsten Jahrzehnte ihre Treibhausgas-Emissionen auf den Stand von 1990 bzw. 2005 zu verringern, und haben diesbezüglich regionale Emissionsrechtsabkommen abgeschlossen: z.B. die Regional Greenhouse Gas Initiative (zehn Staaten), die Western Climate Initiative (sieben) und der Midwest Greenhouse Gas Reduction Accord (sechs). Republikanische Mehrheiten auf den nationalen und bundesstaatlichen Ebenen drohen jedoch die Fortschritte der letzten Jahre in Frage zu stellen. Insbesondere die Vollmacht der EPA, über Emissionen von Kohle- und Erdölwerkwerken zu bestimmen und Verbrauchsrichtwerte für PKWs festzulegen, wird im Kongress in Frage gestellt.²⁸

VON KOPENHAGEN NACH CANCÚN

Nachdem die amerikanischen Verhandlungspartner an der Kopenhagen-Konferenz vor zwei Jahren mit einer vom Abgeordnetenhaus verabschiedeten Gesetzesinitiative teilnehmen konnten, sollte sich dieser innenpolitische Schub letzten Dezember in Cancún nicht wiederholen.²⁹ Damit sahen sich die amerikanischen Verhandlungspartner wieder vor der alten Herausforderung: „a reputation of doing nothing“. Zwar hatte der Klima-Gesandte Todd Stern im Vorfeld versichert, dass es viele Wege gebe, das Versprechen der Reduktion um 17 Prozent einzuhalten. Er hatte aber auch im

23 | Anne Mulkern, „Obama's SOTU Nod Unleashes Lobbying on Clean-Power Goal“, *New York Times*, 26.01.2011 und Timothy Gardner, „Obama 2012 budget provides \$8 billion for clean energy“, *Scientific American*, 14.02.2011.

24 | Coral Davenport, „Browner's Exit Signals Obama's Move to the Center“, *National Journal*, 25.01.2011; Robin Bravender, „House votes to overthrow ‚czars‘“, *Politico*, 17.02.2011.

25 | James E. McCarthy und Larry Parker, „EPA Regulation of Greenhouse Gases: Congressional Responses and Options“, *Congressional Research Service Reports*, 22.02.2011.

26 | Margaret Kriz Hobson, „The Wages Of Climate Inaction“, *National Journal*, 16.04.2010.

27 | David A. Fahrenthold, „White House takes a more modest Plan B to Cancun climate talks“, *Washington Post*, 22.11.2010.

28 | Coral Davenport, „A new front“, *National Journal*, 24.02.2011.

29 | „Cancún's opportunity“, *Washington Post*, 30.11.2010.

Mai 2010 zugegeben, dass es ungemein bedeutend für die Glaubwürdigkeit der USA als Verhandlungspartner wäre, dass man in Washington eine umfassende Klimagesetzgebung verabschieden würde.³⁰

Statt also die Verhandlungen mit einem klaren amerikanischen Bekenntnis moralisch anführen zu können, ging es vielmehr darum, die Bedeutung dieses Forums für internationale Verhandlungen anhand von Teilerfolgen langfristig zu gewähren.³¹ Gleichzeitig warnte Stern, dass mangelnder innenpolitischer Rückhalt nicht bedeuten würde, dass sich die Verhandlungsposition der USA bezüglich der Kontrolle der Einhaltung von Emissionsbeschränkungen verändert hätte. Daher prophezeite er auch, dass man sich in Cancún darauf konzentrieren würde, die Richtlinien bezüglich der Kontrolle und Einhaltung von Emissionseinschränkungsverpflichtungen zu konkretisieren und die versprochene finanzielle Unterstützung für die Entwicklungsländer zu organisieren.

Nachdem sich China, Indien und Brasilien mit der EU und den USA darauf geeinigt haben, ihre Treibhausgas-Emissionen bis 2020 zu verringern und durch eine unabhängige Expertengruppe verifizieren zu lassen, bleibt jedoch unklar, wie die USA in den nächsten Jahren ihren Teil des Green Funds beisteuern werden. Die von den USA zu finanzierenden Mittel wären theoretisch aus dem Emissionshandel gekommen. Ohne diese Geldquelle muss Präsident Obama die 20 bis 30 Milliarden US-Dollar bis zum Jahr 2020 anderweitig finden. Dabei haben ihm die Republikaner im Abgeordnetenhaus gerade die Kampfansage gemacht und knapp ein Drittel seines Haushaltsplans für Erneuerbare Energiequellen gestrichen.³²

ATOMIC ANXIETY VS. NUCLEAR CLIMATE CHANGE AGENDA

Angesichts der Entwicklungen in Japan sieht sich die Obama Administration nun vor einem weiteren Hindernis bei der Erfüllung ihrer Versprechen: zu dem geplanten Ausbau der Atomenergie wird es vorerst nicht kommen. Der Präsident ließ dabei klar verlauten, dass Atomenergie auch in Zukunft eine bedeutende Stellung bei der Energieversorgung der USA einnehmen würde. Im Kongress mehren sich nun aber die Stimmen derer, die den Ausbau der Atomindustrie

verhindern wollen.³³ Seit dem Reaktorzwischenfall am 28. März 1979 im Kernkraftwerk Three Mile Island wurden keine neuen Anlagen in den USA fertiggestellt. Der einflussreiche Demokratische Abgeordnete Edward Markey will z.B. den Neubau von Anlagen in Erdbebenzonen stoppen.³⁴ Senator Joe Lieberman hingegen befürwortet nur einen temporären Stopp bei der Vergabe von Baugenehmigungen, bis man die Erkenntnisse von Japan integrieren könnte.³⁵ Anfang des Jahres lagen noch zwölf Bauanträge vor, so der Vorstandsvorsitzende der Nuclear Regulatory Commission (NRC).³⁶

Bis 2020 sollte es nun aber zu einer Nuclear Renaissance und Fertigstellung von vier bis acht neuen Reaktoren kommen. Präsident Obama und Energieminister Steven Chu unterstützen diesen Ausbau der Atomenergie dabei weiterhin als Teil ihrer Strategie, um die Kohlenstoffdioxid-Emissionen zu verringern.³⁷ Eine Reihe Republikanischer Spitzenpolitiker äußerte ebenfalls ihre vorbehaltlose Unterstützung für weitere Anlagen, z.B. der Abgeordnete Fred Upton, der Vorsitzender des Ausschusses für Energie und Handel ist. Mitch McConnell, der Republikanische Senate Minority Leader, machte ebenfalls klar, dass man wichtige innenpolitische Entscheidungen nicht sofort nach den dramatischen Geschehnissen in Japan treffen sollte.³⁸ Der Vorstandsvorsitzende des NRC betonte zudem, die Verpflichtung gegenüber der ständigen Verbesserung und Modernisierung der Atomenergie wahrzunehmen, was auch den Bau neuer Anlagen beinhalten würde. Die *USA Today* berichtete derweilen, dass laut einer Umfrage 70 Prozent der Befragten nach dem Unglück in Japan angaben, sich mit Atomenergie nicht sicher zu fühlen: 39 Prozent fühlten sich dabei sehr viel mehr unsicher, 31 Prozent fühlten sich etwas unsicherer nach dem Reaktorunglück. Jedoch sind nur 47 Prozent der Amerikaner gegen neue Anlagen, 44 Prozent bleiben dafür. Eine Woche vor dem Unglück waren allerdings noch 57 Prozent der Befragten für Atomkraft.³⁹

Das vielleicht größte Problem für die Pläne der Obama Administration und ihre Partner in beiden Parteien, eine Nuclear Renaissance herbeizuführen, stellt

30 | Bruce Stokes, „Lukewarm Progress On Climate“, *National Journal*, 23.07.2010.

31 | Juliet Eilperin, „Election could affect U.S. pledge on international climate aid“, *Washington Post*, 01.11.2010 und Coral Davenport, „Breakthrough Made in U.N. Climate Talks“, *National Journal*, 11.12.2010.

32 | Suzanne Goldenberg, „House Republicans cut funding to UN climate science body“, *Guardian*, 21.02.2011.

33 | „US Reevaluates Nuclear Infrastructure“, *ABC World News*, 16.03.2011.

34 | Kerry Sheridan, „US still wants to expand nuclear energy: Chu“, *Agence France Presse*, 16.03.2011.

35 | „Lieberman: Stop new nuclear plants in US“, *The Hill*, 13.03.2011.

36 | Sheridan, „US still wants to expand nuclear energy: Chu“.

37 | Whiteboard, *Politico*, 11.03.2011.

38 | Vicki Needham, „Should the US ‚put the brakes‘ on nuclear? Some Dems think so“, *The Hill*, 13.03.2011.

39 | Peter Eisler, „Poll: Fears of nuclear disaster in U.S. rise after Japan quake“, *USA Today*, 17.03.2011.

aber die Wall Street dar. Laut der *Washington Post* fanden sich dort bisher nur wenige Interessenten für die kapitalintensive und augenscheinlich weiterhin riskante Atomenergie, die in der Vergangenheit zu einer Reihe unvollendeter Anlagen, explodierender Kosten und bankrotter Firmen geführt hat.⁴⁰ Präsident Obama hatte zuletzt im Januar in seiner State of the Union-Rede die Atomenergie ausdrücklich gelobt und als Teil seiner Klimawandelstrategie unterstützt. Im Haushaltsantrag für 2012 waren daher bis vor Kurzem noch 36 Milliarden US-Dollar für Kreditgarantien veranschlagt worden, um die Atomindustrie zu unterstützen. Der Kommentator Bill Kristol merkte daher bei *Fox News Sunday* etwas zynisch an, dass die Obama Administration gerade 36 Milliarden US-Dollar eingespart hätte.⁴¹ In Texas haben CPS Energy und NRG Energy mittlerweile bekannt gegeben, dass Verhandlungen über die Abnahme der zukünftigen Stromerzeugung von zwei geplanten Reaktoren eingestellt wurden. Der Ausbau der bestehenden South Texas Atomanlage hätte 2012 beginnen sollen. Beobachter erwarten nun, dass Erdgas in der nahen Zukunft eine wichtigere Rolle spielen wird.

40 | Jia Lynn Yang, „Nuclear comeback dealt a blow, Safety concerns still hinder U.S. industry,“ *The Washington Post*, 14.03.2011.

41 | „Joe Cirincione, Sen. Mitch McConnell on Crisis in Japan; Sens. Mark Warner, Sen. Saxby Chambliss on Efforts to Cut Deficit,“ *Fox News Sunday*, 13.03.2011.